

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

217 · November 2008

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

Gastkolumne	963
Essay	
MARK SOLOMON Die Linke in den USA und das »Barack-Obama-Phänomen«	965
Föderalismusreform	
MARIAN KRÜGER Ein Projekt der Entstaatlichung. Einige Anmerkungen zur Debatte um die Föderalismusreform II	977
Stalinismusdebatte	
CHRISTOPH JÜNKE Sechs Thesen zum langen Schatten des Stalinismus	989

Gastkolumne

Wenn man etwas über die beklemmende Hilflosigkeit, über die Unangemessenheit, Unvollkommenheit und Getriebenheit politischen Handels in der Krise des finanzgetriebenen Kapitalismus lernen will, dann werden wohl auch noch in einiger Zukunft die Jahre 2007, 2008 und folgende den geeigneten Studiengegenstand abgeben.

Es begann mit der Explosion der Milch- und anderer Lebensmittelpreise. Zwar war das Gegenstand langer Erörterungen in den Zeitungen, den politischen Magazinen, zwischen Verbänden und Politik – doch auf die naheliegendste Frage kam kaum jemand: Wie wirkt sich eigentlich ein exorbitantes Wachstum der Kosten bei Grundnahrungsmitteln auf jene aus, deren Transferzahlungen Spitz auf Knopf berechnet und vor allem am Preisniveau vor den Turbulenzen am Markt ausgerichtet sind? Muss man nicht schnell die Hartz-IV-Zahlsätze erhöhen?

Dann kam es zu den ersten Hungerrevolten in Kairo, in Haiti und anderswo. Dominique Strauss-Kahn, Ende der 1990er Jahre Amts- und Schicksalskollege des deutschen Finanzministers Lafontaine, schlug als gerade ins Amt gekommener IWF-Chef die Alarmglocken. Das schuf Sensibilität – doch von einer wirklichen Entlastung war weder etwas zu hören noch zu spüren.

So zögerlich, so hinhaltend die Reaktionen bei sozial brisanten Themen, so groß die Panik, so gewaltig die Antwort bei der Krise der Finanzmärkte. Wann je ist in so wenigen Tagen so viel Geld mobilisiert worden wie mit dem US-amerikanischen »Rettungspaket«, wie für die Hypo Real Estate oder andere im Wahnsinn des Casino-Kapitalismus gestürzte Banken?

Damit es kein Missverständnis gibt: Häme ist angesichts des internationalen Finanzdesasters keine angemessene linke Reaktion. Schon deswegen nicht, weil es bei einem tatsächlichen Zusammenbruch des globalen Finanz- und Wirtschaftssystems wieder und vor allem die jetzt schon Benachteiligten, die jetzt schon Ausgegrenzten, die jetzt schon am Rande oder gar unter dem Existenzminimum Lebenden sein werden, die die schlimmsten Lasten zu tragen haben. Und das nicht nur deswegen, weil die da oben schon immer gerne ihre Fehler zu Lasten derer da unten korrigiert haben – sondern vor allem, weil die da unten weniger oder kaum Polster haben, um Zusammenbrüche aufzufangen. Wenn der große Sturm kommt, stürzen zuerst die ab, für die es nur ein Schritt bis ins Elend ist – nicht die, für die es hundert oder auch nur zehn Schritte sind.

Kein Wunder, dass die soziale Marktwirtschaft ins Gerede kommt. Das ist kein kurzfristiges Resultat der internationalen Finanzkrise.

Nein: Die Bürgerinnen und Bürger sehen seit längerem, dass die soziale Marktwirtschaft vor allem im Zuge des Wettbewerbs in der globalisierten Welt in Frage gestellt wird. Sie lehnen sie nicht ab, wie gelegentlich kolportiert wird, sondern sie beobachten mit Sorge, wie sehr die soziale Marktwirtschaft mit ihren für viele Menschen noch immer hohen Gehältern und ihren stattlichen Sozialleistungen unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs steht.

Doch was wird dem Druck entgegengesetzt: das bloße Reagieren. Dinge ereignen sich – und Politik und Gesellschaft reagieren darauf, passen sich an, eilen den Veränderungen hinterher (manchmal auch vorauseilend). Ein Projekt, das eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung lohnt, ein Projekt, das zusammenführt, weil es allen eine bessere Zukunft verheißt, in der wir wieder Herr unseres Schicksals sind – ein solches Projekt gibt es nicht. Strategien sind so immer weniger auf die nach vorn weisende Veränderung der Gesellschaft orientiert – und immer mehr auf das gegenseitige Ausbooten und Übervorteilen der konkurrierenden Parteien, auf deren blankes Überleben und darauf, dies alles irgendwie den geringer werdenden Wählerpotenzialen schmackhaft zu machen.

Die Menschen kritisieren mit Recht eine Politik, die mit hohem Aufwand wenig positiv regelt. Die Hauptrechtfertigung der Politik dafür – die Globalisierung – ist aber aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger genau das, was einer politischen Gestaltung bzw. Gegensteuerung bedarf. Die Menschen wissen, dass wir im Inneren nicht vorankommen, wenn wir die äußeren Umstände nicht in den Griff bekommen. Das Hauptinstrument dafür aber – die Europäische Union – wird nicht hinreichend genutzt und ausgebaut. Die EU ist Tummelplatz nationaler Interessen, die in einer Vielzahl von Protokollen und Nebenvereinbarungen fixiert werden, die die Unübersichtlichkeit des EU-Handels erhöhen und Transparenz wie Demokratisierung behindern. Für die Regierenden rückt das Problem der Reform der Institutionen ins Zentrum – alles andere vom ursprünglichen Verfassungsentwurf erscheint zweitrangig. Die jeweilige nationale Opposition benutzt das EU-Thema, um der eigenen Regierung zu schaden. Von dieser Verlockung ist auch die LINKE nicht frei. Dabei stehen alle Parteien – europaweit – vor einer klar erkennbaren Aufgabe: 1.) Globalisierung (und Finanzkrise) müssen, können nur durch Europäisierung beherrschbar gemacht werden. Dazu gehört auch eine öffentlich erarbeitete Definition der Aufgaben der EU nach innen und ihrer Interessen nach außen – inklusive eines neuen, stringenten Regulationssystems für die Finanzmärkte. 2.) Diese Europäisierung wiederum kann nur durch soziale Standards beherrschbar und akzeptabel gemacht werden – und die wird es nur geben, wenn das Primat der »Liberalisierung« verschwindet. 3.) Soziale Standards funktionieren nicht allein als Mindestniveau des Abstiegs, sondern vor allem, wenn sie die Perspektive des (Wieder-)Aufstiegs bieten. 4.) Die ökonomische Basis dafür muss die Konzentration der Ressourcen auf Investitions-, nicht Konsumtionsstrategien als gesamtgesellschaftliche (europäische) Zukunftsanstrengung sein – Wissen, Bildung, Innovation, Qualität.

Und übrigens: Im nächsten Jahr sind Europa-Wahlen.

THOMAS FALKNER

MARK SOLOMON

Die Linke in den USA und das »Barack-Obama-Phänomen«

Obama gegen Clinton – der Nominierungswettlauf

Im Jahre 2007, am Beginn der langwierigen Wahlkampagne für das Amt des US-Präsidenten, standen die »fortschrittlichen Kräfte«, die breit gefächerte Gemeinde der Linken, in den USA keineswegs hinter Barack Obamas Kandidatur. Obgleich die Aussicht, dass ein Afroamerikaner Präsidentschaftskandidat werden könnte, vielen als ein bemerkenswerter Fortschritt mit Blick auf die »Rassenbeziehungen« in den USA erschien, wurde Obama ideologisch und programmatisch rechts von mindestens drei anderen Kandidaten verortet.

Dennis Kucinich, ein Congress-Abgeordneter aus Ohio, galt gemeinhin als der am weitesten »links« Stehende, der entschieden für die Beendigung des Irak-Krieges eintrat und ein wirtschaftspolitisches Konzept propagierte, das sich gegen die Allmacht der Konzerne wandte und die Interessen der Arbeiter stärkte. Der frühere Senator von North Carolina, John Edwards, trat als Anwalt der arbeitenden Armen und Arbeitslosen – dem von Elend gepeinigten »anderen Amerika« – auf. Und da war schließlich noch Bill Richardson, der Gouverneur von New Mexico, der sich vor allem für den sofortigen Rückzug der US-Truppen aus dem Irak ohne Einrichtung ständiger US-Militärbasen und den Verzicht auf die US-Kontrolle über die irakische Ölförderung einsetzte.

Das Verhältnis der Linken zu Hillary Clinton war vor allem durch ihre Zustimmung zu Bushs Irak-Aggression im Senat belastet. Im Endeffekt war es genau jene Zustimmung, auf die schließlich das Scheitern ihrer Nominierungskampagne zurückzuführen ist. Obama hatte hingegen im Jahre 2002 auf einer Protestveranstaltung in Chicago den drohenden Krieg entschieden verurteilt. Das brachte ihm zwar zunächst einigen Kredit bei den Linken, den er jedoch wieder zu verspielen begann, weil er ab 2004 – nach seiner Wahl in den Senat – stets für die Finanzierung der Militäraktionen im Irak stimmte.

Die Vorwahlen in Iowa, die im Januar 2008 stattfanden, veränderten die Situation jedoch nachhaltig. Obama verbuchte einen beeindruckenden Sieg in einem Staat mit überwiegend weißer Bevölkerung, in dem Edwards starken politischen Rückhalt hatte und in dem alle Prognosen für Hillary Clinton sprachen. Hier bewies Obama auch, dass er die breite Unterstützung einer Grass-Roots-Bewegung zu mobilisieren vermochte, was bei den Vorwahlen von besonderer Bedeutung ist, da es hier darauf ankommt, möglichst viele Unterstützer zu gewinnen, die bereit sind, an einer Wählerversammlung (*caucus*) teilzunehmen – und dies zudem noch bei kaltem Januarwetter.

Mark Solomon ist emeritierter Professor für US-amerikanische Geschichte und Co-Vorsitzender des Verbindungsbüros für Demokratie und Sozialismus.

»77 Senatoren des eigentlich von den oppositionellen Demokraten dominierten US-Senats stimmten für George W. Bushs völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak, unter ihnen Hillary Rodham Clinton. Am selben Tag hielt auf der Federal Plaza in Chicago der farbige Senator des Kongresses von Illinois eine aufrüttelnde Rede gegen eben diesen Krieg. Sein Name: Barack Obama.«

Ingo Arend: Der Traum vom Mittelstand, in: Freitag, 1. Februar 2008.

»Dass Obamas großes Kampagnenthema der ›Versöhnung‹ und der ›Heilung der Nation‹ einen symbolischen Nerv besonders unter jungen Amerikanern trifft, überrascht vor dem Hintergrund der ideologischen Grabenkämpfe der letzten 16 Jahre nicht. Was allerdings überrascht, ist die rhetorische Wirksamkeit, mit der Obama seinen Gospel der ›Hoffnung‹ unter das Volk bringt. Kaum einen amerikanischen Politiker der letzten Jahrzehnte umgab eine so prophetische Aura. Niemand wurde, gefördert durch eine umfangreiche Grassroots-Bewegung, jemals so früh zur popkulturellen Ikone. Obama scheint es binnen weniger Monate geschafft zu haben, eine Bewegung ins Leben zu rufen, die die alten Fronten zu überbrücken glaubt.« Daniel Schreiber: Im Sog des »Wir«, in: Freitag, 29. Februar 2008.

Mit den Wählerversammlungen in Iowa wurde zudem mehr und mehr deutlich, dass Obama in der Lage war, jenes weit verbreitete Sehnen nach einem grundlegenden Wandel anzusprechen, das sich nach acht Jahren der reaktionärsten und verheerendsten Präsidentschaft, die die USA je hatten, überall im Lande auszubreiten begann. Einem jugendlich erscheinenden afroamerikanischen Kandidaten war es gelungen die frenetische Unterstützung vor allem vieler junger Menschen zu gewinnen, die sich bislang noch nie um Wahlkämpfe gekümmert hatten.

Den Afroamerikanern wiederum, die traditionell eher Clinton unterstützten, machte der Wahlausgang in Iowa deutlich, dass auch viele weiße Wähler bereit waren, für einen schwarzen Kandidaten zu stimmen. Ihre Zweifel und Ängste verschwanden in dem Maße wie Obamas Kampagne in Schwung kam. Möglicherweise auch weil er bewusst darauf verzichtete, sich vordergründig als »farbiger« Kandidat zu präsentieren, gelang ihm in Ansätzen das, was Kucinich, Edwards, Richardson, Clinton wie auch den anderen frühen Kandidaten versagt blieb. Er begann ein breites multi-ethnisches Bündnis von Unterstützern zu schaffen, das für den Sieg bei den Präsidentschaftswahlen so entscheidend ist.

Schon nach kurzer Zeit projizierte sich das Verlangen nach Veränderung unter Demokraten und unabhängigen Wählern (und sogar einer beträchtlichen Zahl von Republikanern) auf den Nominierungswettbewerb zwischen Obama und Clinton. Diese beiden Kandidaten standen jeweils für eine der zwei großen sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre: die Bürgerrechtsbewegung und die Frauenbewegung waren damals kraftvoller Ausdruck des Strebens nach Beendigung der Dominanz weißer Männer in Gesellschaft und Politik.

Nachdem Clinton überraschend die Vorwahlen in New Hampshire, unmittelbar nach Iowa, für sich entschieden hatte (ein Erfolg, der weithin als Sympathienabstimmung vieler Frauen für Clinton interpretiert wird), gelang es Obama eine beeindruckende Serie von Siegen in kleinen wie großen Staaten, in Staaten mit einem großen und in solchen mit einem geringen Anteil afroamerikanischer Bevölkerung zu erringen. Clinton entschied Ohio, Texas und Pennsylvania (wo rassistische Attacken und verleumderische Bemerkungen über Obamas religiöse Orientierung offenbar eine wesentliche Rolle spielten) für sich.

Monatelang lieferten sich Obama und Clinton bei den Vorwahlen eine wahre Schlacht, obwohl sich ihre Positionen zu wichtigen Fragen kaum unterschieden. So übernahm Clinton unter dem Druck der demokratischen Kriegsgegner zum Beispiel auch Obamas Forderung nach der Festsetzung eines Termins für den Rückzug der Kampfeinheiten aus dem Irak. Beide Kandidaten versprachen, die Billionen Dollar schweren Steuergeschenke Bushs an die Superreichen rückgängig zu machen, beide wollten die krassesten Auswüchse von Bushs radikaler »Freihandelspolitik« beseitigen, beide legten ähnliche Pläne für die Einführung einer »allgemeinen Krankenversicherung« vor (die beide jedoch nicht umsetzten) und schließlich traten beide für die entschiedene Förderung alternativer Energiequellen ein.

Während sich Clinton und Obama abkämpften, hatte Senator John McCain bei den Republikanern angesichts der schwachen Herausforderer leichtes Spiel.

Indessen wurde die Auseinandersetzung zwischen den demokratischen Bewerbern in dem Maße härter wie beide ihre Chancen auf eine rasche Nominierung schwinden sahen. Vor allem Bill Clinton versuchte, Obamas Kandidatur als rein rassistische Kampagne der schwarzen Wählerschaft zu diffamieren. Hillary Clinton äußerte sich merkwürdig zweideutig zu rassistischen Angriffen auf Obama im Internet (auf die Frage, ob Obama ein »Muslim« sei, antwortete sie bewusst unbestimmt: »Nicht, dass ich wüsste.«).

Jetzt kam das hässliche Gesicht des Rassismus in den USA wieder zum Vorschein, vor allem in jenen Staaten mit überwiegend weißer Wählerschaft und hohem Anteil von Arbeitern. Zudem wurde Obama zunehmend von rechten Kreisen attackiert. Sowohl ihm als auch seiner Frau wurde ein Mangel an Patriotismus vorgeworfen. Über das Internet und andere Medien wurden Verdächtigungen verbreitet, Obama sei ein »heimlicher Muslim«, der als Kind eine militante »Madrassa« (Koranschule) besucht hätte. Der Pfarrer seiner Gemeinde, Reverent Jeremiah Wright, der für seine scharfen anti-rassistischen und anti-imperialistischen Predigten bekannt war, wurde auf zynische Weise mit Obama und seinen politischen Prinzipien in direkte Verbindung gebracht, wodurch Obama faktisch gezwungen wurde, sich von ihm öffentlich zu distanzieren. Doch Obama rettete seine Position in dieser kritischen Situation, in der seine Kampagne bereits gescheitert schien, mit einer beeindruckenden Ansprache über die qualvolle rassistische Geschichte des Landes – eine Rede, in der den traumatischen Erfahrungen der Afroamerikaner Gerechtigkeit getan und gleichzeitig den Weißen klargemacht wurde, dass dieser Rassismus auch ihren Interessen geschadet hat.

Diese Vorwahlkampagne ging auch mit einer überraschenden Wiederauferstehung der »Arbeiterklasse« einher, und das in einer Gesellschaft, in der jeder mit einem Job sich normalerweise schon als Teil der »Mittelklasse« versteht. Seit mehr als 20 Jahren solidarisierte sich ein beträchtlicher Teil der arbeitenden Bevölkerung mit rechten Angriffen auf »die Allgewalt der Regierung«, der insbesondere die Bemühungen um die Gleichstellung ethnischer Gruppen und Frauen vorgehalten wurden. Diese Gruppierungen, die auch als »Reagan Democrats« bezeichnet werden, wurden insbesondere durch die rassistischen Anwürfe gegen Obama beeinflusst. Sie unterstützten in der Regel Clinton, die diese wiederum als »gute weißer Arbeiter« hofierte. Übersehen wurde von ihr dabei jedoch, dass die Arbeiterklasse keineswegs auf weiße Männer – von denen sie vermutete, dass sie rassistischen Argumenten zugänglich seien – reduziert werden kann. Heutzutage, unter den Bedingungen von Globalisierung und Deindustrialisierung, besteht die US-amerikanische Arbeiterklasse – vor allem in den Dienstleistungssektoren – zu einem immer größeren Teil aus Frauen, Afroamerikanern, Asiaten, Latinos und allen möglichen ethnischen Mischungen aus den vorgenannten. Deshalb war Clintons Anbiederung an die »guten weißen Arbeiter« zwar teilweise erfolgreich, aber insgesamt wohl eher hinderlich.

»Obamas Versöhnungs-Messianismus zeitigt beeindruckende strategische Konsequenzen. Nicht nur prallen die nach dem alten Muster des Kulturkriegs gestrickten Charakterattacken des Clinton-Lagers an ihm ab. Auch der Versuch der Neokonservativen, ihn zur personenkulturanfälligen Führerfigur zu stilisieren, verliefen bisher im Sand. Obama spricht von seiner politischen Bewegung nicht als der seinen, sondern der einer wachsenden Gruppe von Amerikanern mit dem Glauben an eine grundlegende Reform der Politik in Washington. Er inszeniert sich nicht als Produzenten des Wandels, sondern vielmehr als dessen Katalysator.«
Ebenda.

In den letzten Wochen der Vorwahlen änderte Clinton ihre Strategie in einigen Punkten. Zum ersten versuchte sie sich als Kandidatin »mit Erfahrung« gegenüber dem »unerfahrenen« Obama zu profilieren. Als diese Masche die wachsende Sehnsucht nach Veränderung nicht einzudämmen vermochte, offerierte sie »echte Lösungen zu echten Problemen«, wobei ihre Rhetorik zunehmend populistischer und gegen die Machenschaften der Multis gerichtet wurde. Damit konnte sie innerhalb der Arbeiterschichten durchaus punkten.

Trotzdem stimmte sie unter dem Druck des unternehmerfreundlichen Flügels der Demokraten und unter dem Zwang beweisen zu müssen, dass sie im Fall der Fälle eine entschlossene Oberbefehlshaberin wäre, im Senat für die Einschätzung der Iranischen Republik als »terroristisch«, womit sie gleichzeitig eine entschlossene Haltung gegenüber allen Ländern und Organisationen demonstrieren wollte, die von den US-Globalpolitikern als »feindlich« eingeschätzt werden (in diesem Zusammenhang versuchte sie wiederholt, Obamas Ankündigung, mit allen Gegnern der USA reden zu wollen, lächerlich zu machen). Diese Haltung schadete ihre allerdings eher als sie ihr nutzte, denn damit blieb die starke Antikriegslobby der Demokratischen Partei weiter auf Distanz zu ihr.

Gleichzeitig nahm die Wahlkampagne von Obama immer mehr den Charakter einer sozialen Massenbewegung an, die vor allem von jungen Menschen getragen wurde. Dabei entstanden völlig neue, internetgestützte Formen der Spendenwerbung. Hunderte Millionen Dollar wurden durch kleine und Kleinstspenden aufgebracht – wahrlich eine »Demokratisierung« der Spendenwerbung, eine Revolution der Wahlkampffinanzierung, die die traditionell dominierende Rolle von Großunternehmen wirksam unterminierte.

Mit dem Ausscheiden aller anderen Kandidaten zog Obama mehr und mehr die Aufmerksamkeit großer Teile der Linken auf sich. Die gewaltige, multiethnische und generationenübergreifende Unterstützung für Obama wurde von vielen Linken als die Herausbildung einer »fortschrittlichen Mehrheit« interpretiert, die in der Lage sein könnte, die politische Vorherrschaft der Konservativen zu brechen und das Kräfteverhältnis zugunsten einer links-zentristischen Bewegung zu verschieben. Obwohl es längst eine gut organisierte Antikriegsbewegung gab, sahen viele Linken in Obamas Unterstützern eine Art »zweite Friedensbewegung« – wie widersprüchlich und auf Obama fixiert sie auch war. In mancher Hinsicht wurde die Bewegung hinter Obama für die Linken fast wichtiger als der Kandidat selbst. Mit seiner Kampagne schien eine links-zentristische Koalition unverhofft Gestalt anzunehmen. Und umgekehrt, die unabhängigen Linken stärkten die Kampagne Obamas, indem sie eigene Konzepte für Frieden, soziale Sicherheit, Umweltschutz und die Verteidigung liberaler Freiheiten in die Öffentlichkeit brachten.

Durch die Verbindung von Wandel mit dem fürderhin allgegenwärtigen Begriff »Hoffnung« wurde Obamas Wahlkampf noch dynamischer. Er verknüpfte Hoffnung und Wandel mit der Metapher Kampf. Immer wieder begeisterte er seine Anhänger mit dem Verweis auf historische Kämpfe, die von Hoffnungen inspiriert wurden – die Hoffnung der Siedler mittels der »Amerikanischen Revolution« die Unabhängigkeit des Landes zu erlangen; die Hoffnung auf

»Obamas große Leistung besteht darin, dieser patriotischen Redefigur ein zeitgemäßes und authentisch wirkendes Gewand zu geben. Sein Kampagnemotto ›Yes We Can‹, das von prominenten Befürwortern wie Scarlett Johansson und John Legend sogar zu einem hitverdächtigen Ohrwurm-Popvideo vertont wurde, konzentriert dieses demokratische, alle Bevölkerungsgruppen, Rassen und Geschlechter einschließende ›wir‹ in populistischer Reinform. Klangvolle Sätze wie ›Wir sind der Wandel, den wir suchen‹ oder ›Wir sind diejenigen, auf die wir gewartet haben‹ gehören zum Grundvokabular von Obamas Reden und machen einen Großteil ihres Sogeffekts aus.«
Ebenda.

ein Ende der Sklaverei im Bürgerkrieg, der Kampf um die Einführung des Sozialstaates (*New Deal*) während der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren; die Hoffnung der Anti-Hitler-Koalition auf den Sieg im Zweiten Weltkrieg; die Hoffnung auf die Durchsetzung der Menschenrechte und der Gleichberechtigung von Frauen in den sozialen Kämpfen der 1960er Jahre.

In dem Maße, in dem Hillary Clinton hinter Obama zurückblieb, wurde es immer offensichtlicher, dass die so genannten »Super-Delegierten« (Offizielle, Parteifunktionäre, Mitglieder des Zentralkomitees der Demokraten) den Ausschlag für die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der Demokraten geben würden. Gleichzeitig wurde es jedoch auch immer klarer, dass die »Super-Delegierten« sich nicht gegen Obama stellen würden solange er einen kleinen, aber uneinholbaren Vorsprung behauptete und die Massen hinter ihm standen. Alles andere wäre einem offenen Affront gegen afroamerikanische Wähler – der wichtigsten Wählergruppe für die Demokraten – und die vielen neuregistrierten jungen Wähler gleich gekommen. Im Juni sicherte sich Obama schließlich auch die mehrheitliche Unterstützung der »Super-Delegierten« – damit war das Rennen um die Kandidatur gelaufen.

Obama gegen McCain – der Kampf ums Weiße Haus

Kaum stand fest, dass Obama von den Demokraten als Präsidentschaftsbewerber nominiert würde, schien sich dieser auch schon wieder mehr zentristisch zu orientieren. »Professionelle« Politikanalysten erklären sich dieses Phänomen mit dem Bemühen des Kandidaten, nach der Nominierung nunmehr eine möglichst breite Wählerschaft anzusprechen, während er (im Falle der Demokraten) bei den Vorwahlen versuchte, bei den Parteianhängern mit linken Parolen zu punkten.

In seinem Vorwahlkampf hatte Obama immer wieder versichert, dass er die Novellierung des Bundesgesetzes zur geheimdienstlichen Überwachung (*Federal Intelligence Surveillance Act – FISA*) zu Fall bringen würde. Dieses Gesetz wurde insbesondere von der Bush-Administration dergestalt erweitert, dass Telefongesellschaften Straffreiheit garantiert wurde, wenn sie im Zusammenwirken mit Regierungsstellen illegale Abhörmaßnahmen ermöglichten. Als nominiertes Präsidentschaftskandidat hat Obama jedoch für dieses Gesetz gestimmt, nach dem er mit dem Versuch gescheitert war, die Frage der Freistellung von Strafverfolgung gesondert, außerhalb des Gesetzes zu regeln. Insbesondere sein Opportunismus in diesem, für viele Unterstützer Obamas extrem sensiblen Bereich, bei dem es um die Verteidigung der vierten Verfassungsänderung gegen die exzessive Erhebung privater Daten ging, hat tiefe Enttäuschung ausgelöst. Allein auf Obamas privater Website beschwerten sich mehr als 22.000 seiner Anhänger.

Das war jedoch keineswegs alles; Obama begann auch sein Versprechen, die militärische Aggression im Irak zu beenden, zu relativieren. Er setzte sich plötzlich für eine Ausweitung des militärischen Engagements in Afghanistan ein und wiederholte seine Drohung, Talibankämpfer auch bis auf pakistanisches Territorium zu verfolgen, wenn die Regierung Pakistans weiterhin nichts unternehme. In

»Ausgerechnet der 1966 geborene Politiker aus Chicago hat nach seinen überraschenden Siegen in den US-Vorwahlen der Demokraten ernstzunehmende Chancen, der erste farbige Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Mehr Chancen als Martin Luther King oder Jesse Jackson jemals besaßen. Trotz dieses bedeutenden Einschnitts steht das amerikanische Parteiensystem aber nun nicht vor einem Linksrutsch. Mag Obama auf seinen Kundgebungen auch noch so radikal »Change« intonieren. An die Grundfesten des Systems rührt er nicht. Der ehemalige Sozialarbeiter aus Chicago will nämlich nur seine alte Balance wieder herstellen.«
Ingo Arend, a. a. O.

einem Gespräch mit einer radikal Zionistischen Organisation erkannte Obama ein Recht auf ein »ungeteiltes« Jerusalem an, obgleich er sich damit in offenen Widerspruch zu geltenden UN-Resolutionen brachte (In einer späteren »Klarstellung« seiner Position erklärte er, dass er mit seiner Bemerkung ledig hätte sagen wollen, dass Jerusalem »nicht durch Stacheldraht geteilt sein solle«.).

Bei innenpolitischen Fragen unterstützte Obama zum Beispiel den konservativen Flügel im Obersten Gericht, indem er dessen Entscheidung der Einschränkung der Todesstrafe kritisierte. In seinen Vorträgen bei Afroamerikanischen Kirchengemeinden und Organisationen verstieg er sich zu der Äußerung, dass »zwar jeder Idiot ein Kind machen könne, es aber eines ganzen Kerls bedürfe, eine Familie zu haben« und belehrte die Zuhörer, dass auch die afroamerikanische Unterklasse eine »Kultur der Selbsthilfe« entwickeln müsse. Diese Anmaßungen verärgerten große Teile der Schwarzen. Vertreten durch Jesse Jackson beschuldigten diese Obama, dass er »Schwarze heruntermache« und sich weigere die rassistische Politik der Regierung und der Unternehmen beim Namen zu nennen. Er sei daher mitverantwortlich, wenn Schwarze ohne Jobs, mit schlechter Bildung, ohne Krankenversicherung und unter miserablen Wohnbedingungen leben müssten – so dass Tausende junger Schwarzer arbeitslos blieben oder im Gefängnis enden würden.

Obamas »Annäherung an das Zentrum« löste Enttäuschung und insbesondere bei den Linken das Gefühl aus, verraten worden zu sein. Einige Linke, die sich stets entschieden gewiegt hatten, Obama oder überhaupt die Demokraten zu unterstützen, verspotteten und beschimpften seine Unterstützer als naiv und getrieben von blindem Übereifer.

Sicherlich sollte sich niemand Illusionen über Obama machen. Ein genauer Blick auf seine politischen Ideen und Konzepte offenbart, dass er schon immer zum liberalen Zentrum des politischen Spektrums gehörte. Seine charismatische Rede auf dem Parteitag der Demokraten im Jahre 2004 (mit der er auf einen Schlag landesweit bekannt wurde) war voller zentristischer Hirngespinnste von nationaler Einheit und historischen Kompromissen. Dort erklärte er, dass die Bevölkerung den Kanal voll habe vom ewigen Gezänk zwischen den beiden großen Parteien, zwischen den konservativen »roten Staaten« und den liberalen »blauen Staaten«, zwischen Frauen und Männern, Schwarzen und Weißen, Homosexuellen und Heterosexuellen, Reichen und Armen.

Als Präsidentschaftskandidat präsentierte er sich gern als eine Art »Jedermann«, der über all dem Zwist zwischen Klassen und Rassen steht – der in der Lage ist, zwischen Demokraten, Republikanern und Unabhängigen zu vermitteln. Er vermied es, ideologisch aufgeladene Begriffe zu verwenden, etwa wenn er über das Recht auf Gesundheitsversorgung oder zur Bildung von Gewerkschaften sprach, oder über den Schutz vor diebischen Hypothekemaklern. Immer dann benutzte er Metaphern, wie »Kollektiv« und »Stärkung der Gemeinschaft«, die möglichst wenig Ideologie transportierten. Auf diese Weise erweckte er den Eindruck, dass die Probleme mit der Politik nicht etwa darin liegen, dass sie die Bereicherung der Unter-

»Wer in Obamas 2006 veröffentlichtem Buch »Hoffnung wagen« nach den Spuren des Linken sucht, als der Obama in den Medien gelegentlich dargestellt wird, sieht sich enttäuscht. Zwar verhehlt der 2006 in den US-Senat gewählte Mann eines Kenianers und einer US-Bürgerin nicht, von der »dionysischen Qualität« der antiautoritären Ära der sechziger Jahre fasziniert gewesen zu sein. Doch schnell gab er den Vorsatz auf, der »Rebell« zu sein, den er sich einst vorgenommen hatte. (...) Das Ergebnis dieser Revision: Ein Lob der freien Marktwirtschaft, des Unternehmertums, der militärischen Stärke und das – verhaltene – Bekenntnis zur Todesstrafe.«
Ingo Arend, a. a. O.

nehmer und den Militärapparat fördert, sondern tat so, als ob es lediglich darum gehe, »besser« Politik zu machen.

Obamas Vorliebe für pragmatische Kompromisse und zentristische Positionen lässt sich auf einige wenige Faktoren zurückführen, die sein Denken beeinflussen. Obama selbst verweist immer wieder auf jene drei Jahre, in denen er als Sozialarbeiter in überwiegend schwarzen Wohnvierteln in der South Side von Chicago arbeitete. Während dieser Zeit wurde er vom für sein Organisationstalent berühmten Saul Alinsky beeinflusst. Alinsky lehnte jegliche Art von strategiegeleiteten oder ideologisch motivierten Konzepten strikt ab (einschließlich Vorstellungen von Transformation und Wandel). Trotz mancher radikalen Geste hatte Alinsky im Kern längst seinen Frieden mit jener unvollkommenen Welt gemacht, in der es lediglich darauf ankäme, mit den Mächtigen clevere Kompromisse auszuhandeln.

Ein anderer Ideengeber war der Theologe Reinhold Niebuhr, der vehement gegen jede Art von »ewigen« und »perfekten« Systemen (wie es die UdSSR gern sein wollte) auftrat, weil diese Bestrebungen daran scheitern müssten, dass die Menschen von Natur aus mit Mäkeln behaftet und »sündig« seien. Die Menschheit könne ihre eigene Unvollkommenheit nur hinnehmen und beständig gegen das Böse ankämpfen (ohne es je besiegen zu können – d. Ü.); die moralischen Zwänge, die sie sich auferlegt, sollten daher von geopolitischen Realismus, Experimentierfreude und Pragmatismus getragen sein. Zwar übernahm Obama nicht Niebuhrs Anti-Kommunismus, aber insbesondere in seiner Position zum »Krieg gegen den Terror« lassen sich deutliche Anklänge an Niebuhrs geopolitische Rigorosität ausmachen.

Wofür steht Obama sonst noch? Er ist sicherlich kein Anti-Imperialist. Ein solcher Gedanke – dass die USA imperialistisch sein könnten – kommt in seinem Hirn überhaupt nicht vor. Er versucht, den Weltmachtanspruch der USA mit dem komplexen Prozess kapitalistischer Globalisierung dadurch in Übereinstimmung zu bringen, dass er die US-Außenpolitik so an die Bedürfnisse des internationalen Systems anpasst, dass die weltkapitalistischen Zentren gemeinsam vermögen zu handeln. Er repräsentiert jene Gruppierungen in der herrschenden US-Elite, die ihre globalen Interessen dadurch effektiver zur Geltung bringen wollen, dass die durch den unsäglichen, rücksichtslosen Unilateralismus Bushs provozierte weltweite Ablehnung der US-Politik beendet wird.

Deshalb hat Obama allen Gegnern der USA einen offenen Dialog angeboten. Vor der Anwendung »harter« militärischer Maßnahmen setzt Obama auf »sanften Druck« (mittels Wirtschaftshilfe, kulturelle Kontakte usw.) in der Auseinandersetzung mit vermeintlichen ausländischen Gegnern. Es ist deshalb durchaus möglich, dass er zum Beispiel in der Frage des von Bush forcierten Aufbaus eines Raketenabwehrsystems in Mittel- und Osteuropa zu Kompromissen mit Russland bereit ist. Um die Tür für US-Interessen offenzuhalten, könnte ihm mehr an der friedlichen Beilegung von Konflikten durch multilaterale Abkommen gelegen sein. Im Irak würde er wahrscheinlich stärkeren Druck auf die irakischen Konfliktparteien ausüben, damit tragfähige Kompromisse entstehen, während die US-Kampfeinheiten sukzessive abgezogen werden.

»George W. Bush wird wohl als einer der unbeliebtesten und unfähigsten Präsidenten in die Geschichte eingehen. Der konservativen Bewegung ist der Dampf ausgegangen nach gut 30 Jahren auf dem Weg von Barry Goldwater über Richard Nixon und Ronald Reagan bis Bush, dem Weg von der »schweigenden Mehrheit« zur »moralischen Mehrheit.«
Konrad Ege: Der komplexe Konservative, in: Freitag, 30. Mai 2008.

Trotz aller Angriffe vonseiten seiner Kritiker beharrt Obama bis jetzt auf seinen Rückzugsplänen aus dem Irak. Dieser allmähliche Rückzug soll sich über sechzehn Monate nach seinem Amtsantritt hinziehen. Verbleiben sollen allerdings ca. 50 000 Soldaten zum Schutz US-amerikanischer Einrichtungen, zur Ausbildung einheimischer Truppen und zur Bekämpfung von »Al-Qaida-Nestern«. Das würde bedeuten, dass ein beträchtliches Kontingent auf lange Sicht im Irak verbleibt, was dann durchaus in die Schaffung einer permanenten Militärbasis münden könnte – wodurch eines der wichtigsten Ziele der Architekten der Irak-Intervention erreicht wäre. Dies wiederum würde die Friedensbewegung herausfordern, weiterhin aktiven Widerstand gegen eine dauerhafte US-Präsenz im Irak zu leisten. Gegen das iranische Atomprogramm würde Obama sicherlich zunächst auf diplomatischen Druck setzen, um ein Ende der Urananreicherung zu erreichen und Iran in regionale Sicherheitsabkommen einzubinden. Gleichzeitig würden Obama und seine Berater eine Dominanz des Iran in der Region wohl kaum akzeptieren und deshalb wohl auch Militär und Marine nicht vollständig aus der Region abziehen.

Trotz der formalen Rückendeckung für Organisationen, die die israelische Siedlungspolitik in den okkupierten Palästinensergebieten unterstützen, ist es durchaus wahrscheinlich, dass sich unter den »Realisten« in den herrschenden Kreisen der USA schließlich – angesichts der eigenen Interessen – eine mehr ausbalancierte Position zum israelisch-palästinensischen Konflikt durchsetzt, wodurch auch die Obama-Administration zu einer eher ausgleichenden Nahostpolitik ermutigt würde. Ganz gleich, ob sich diese Einsicht durchsetzt; es wird auf jedem Fall einer energischen Friedensbewegung bedürfen, die gegen die Fortsetzung der Okkupation palästinensischen Landes durch Israel auftritt und die den nötigen öffentlichen Druck entfaltet, damit es zu einem veränderten Herangehen an diesen Konflikt kommt, der die Ursache für eine ganze Reihe von regionalen Problemen darstellt.

Es wäre ferner eine Illusion zu glauben, dass Obama ohne massiven Druck von der scheinbar unverzichtbaren Verflechtung von nationalen Sicherheitsinteressen und der Bereitschaft zu Kriegseinsätzen – jenem Grunddogma des US-Imperialismus – abrücken würde. Das zeigt schon die Art und Weise wie er über die »Reorganisation des Militärs« und über die Ausweitung der Aktivitäten in Afghanistan sowie über mögliche Militäroperationen in Pakistan spricht. Angesichts der unbestrittenen Macht der Militärlobby und deren Betonung der »nationalen Sicherheitsinteressen«, kann es sich gegenwärtig niemand, der an der Schwelle zum Weißen Haus steht, leisten, gegen diese Gruppen aufzutreten. Allein die leiseste Andeutung in dieser Richtung würde ihn rücksichtslosen Angriffen und schweren Zweifeln an seiner Haltung gegenüber den Sicherheitsinteressen des Landes und seiner Bürger aussetzen. Daraus erklärt sich möglicherweise jener Positionswechsel, der bei Obamas Unterstützern die größte Enttäuschung ausgelöst hat – seine Zustimmung zur Erweiterung des Bundesgesetzes zur geheimdienstlichen Überwachung (FISA).

Dieser Vorfall markiert faktisch die Bruchstelle zwischen militärisch gepanzerten Sicherheitsinteressen und der Hoffnung auf eine

konstruktive, friedliche US-Außenpolitik im 21. Jahrhundert. Nur eine Massenbewegung, die sich der imperialistischen Natur der US-Globalpolitik bewusst ist und die auf ein grundlegend anderes Herangehen drängt, kann diese Konstellation überwinden. Obama als Repräsentant des multilateralistischen und »realistischen« Flügels des Establishments (was seinen Ausdruck in seiner unvoreingenommenen Gesprächsbereitschaft mit Gegnern findet) bietet der politisch aufgeklärten Öffentlichkeit eine Chance, erfolgreich auf eine grundlegende Veränderung der US-Globalpolitik zu drängen.

Innenpolitisch steht Obama für die Position jener Unternehmerrgruppen, die weniger auf schonungslose Ausbeutung, sondern auf mehr staatliche Eingriffe zur Rettung des kapitalistischen Systems setzen, indem dessen hässlichsten Entgleisungen unterbunden werden. Sein Verständnis von »Unternehmertum«, wie es in seinem Buch *Hoffnung wagen* (The Audacity of Hope) beschrieben wird, ist nicht vereinbar mit dem menschenverachtenden Vorgehen solcher Konzerne wie Wal-Mart. In Anlehnung an den New Deal in den 1930er Jahren tritt Obama für die Beseitigung der von den Republikanern geschaffenen Regelungen ein, die die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter behindern.

In Anerkennung der Gefahren des Klimawandels unterstützt Obama umfassende staatliche Programme zur Reduzierung des Einsatzes von fossilen Energieträgern und zur Schaffung von Millionen »grüner Jobs« bei der Umstellung der Infrastruktur des Landes auf saubere Energiequellen.

Die USA wie auch das gesamte kapitalistische Weltsystem befinden sich in mitten einer heraufziehenden präzedenzlosen Krise. Die systematische Deregulierung des Finanzsystems hat im Laufe der letzten drei Jahrzehnte in eine globale Finanzkrise geführt, die bekanntlich durch die faulen Hypothekenkredite zum Ausbruch kam. Der Finanzkapitalismus durchlebt gegenwärtig Prozesse, wie sie für die Große Weltwirtschaftskrise typisch waren – Liquiditätsengpässe, die zu einer gefährlichen Schrumpfung der Kreditmärkte führten, und vor allem Bankzusammenbrüche. Der Rückgang der Ölförderung und die damit einhergehende Preisexplosion gefährden den Fortbestand der noch verbliebenen verarbeitenden Industrie und heizen auf gefährliche Weise die Inflation an. Die exorbitanten Kosten des Irak-Krieges und die Ausgaben für die Rüstung überhaupt haben eine erschreckend hohe Staatsverschuldung hervorgebracht, deren weitere Finanzierung durch ausländische Kapitalanleger immer zweifelhafter wird. International haben der globalisierte Kapitalismus und sein »Freihandelswahn« Flüchtlingsströme ausgelöst, Hunger und Krankheiten verstärkt und zu einer ungeahnten Verschärfung des globalen Armutsproblems geführt.

Sogar bislang kaum regierungskritische Kommentatoren räumen inzwischen ein, dass eine neue Regierung einen tiefgreifenden Politikwandel einleiten muss, um der Billionen Dollar schweren Verschuldung, die in Bushs Regentschaft aufgehäuft wurde, Herr zu werden. Falls Obama Präsident wird, bleibt ihm kein anderer Ausweg als die Wiedereinführung eines Finanzregimes, das von Clinton und Bush zerrüttet wurde, und die Bekämpfung der Tendenz zur Privatisierung staatlicher Aufgaben. Er muss die Steuergeschenke Bushs

»Die Demokratische Partei ist gespalten. Es kollidieren die Wünsche von Abgeordneten aus Schwer- und Autoindustrieregionen mit grünen Plänen. Auch die Kohle hat Freunde bei den Demokraten, auch bei Barack Obama, dem Senator aus dem kohleproduzierenden Illinois.«
Ders.: Noch scheint ja die Sonne, in: Freitag, 30. November 2007

an die Superreichen zurücknehmen, ein großes Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen auflegen, Millionen Menschen vor der Versteigerung ihrer Häuser bewahren, und er muss eine nationale Krankenversicherung einführen, die mit dem privaten, profitorientierten Versicherungsmodell bricht. Entgegen seiner gegenwärtigen erklärten Absicht wird er die ausufernden, verschwenderischen Militärausgaben beschränken müssen und er wird den historischen Versuch machen müssen, die nationale Industrie- und Infrastruktur so umzugestalten, dass sie ohne fossile Brennstoffe auskommt.

Obamas pragmatischer Politikansatz verortet sich zwischen den gegensätzlichen Polen von rechts-zentristisch und links-zentristisch. Seine Präsidentschaft wäre das Schlachtfeld für die Interessen der herrschenden Klasse und ihr Bestreben, seine Politik des Wandels zu ihren Gunsten auszunutzen, einerseits und den Forderungen einer wachsenden Massenbewegung für grundlegende fortschrittliche Veränderungen andererseits. Entscheidend für das Ergebnis wird die Einheit unter den Linken sowie ein Bündnis von Linken und Zentristen sein.

Davon hängt bereits der Ausgang der Wahlen ab. Sein republikanischer Gegenkandidat John McCain ist – auch wenn er hin und wieder politische Unabhängigkeit vorspiegelt – ein Erzkonservativer, der die ultra-reaktionäre Politik Bushs in allen entscheidenden – außen- wie innenpolitischen – Fragen mit trägt. Durch seine Unterstützung für eine Fortsetzung der Okkupation des Irak und die Ausweitung des Kriegsrechts, mit der Ankündigung von weiteren Steuergeschenken an die Reichen und mit neuen Zugeständnissen an die Öl-Multis sowie mit der erklärten Fortsetzung des rechts-fundamentalistischen sozialpolitischen Kurses liegt McCain voll auf der Linie jener Kreise, die auch Bush unterstützt haben. Es ist klar, dass sein Wahlsieg faktisch einer »dritten Amtperiode von Bush« gleichkäme.

Diese Situation hat den Afroamerikanischen Dichter und Aktivisten Amiri Baraka veranlasst, die gegenwärtigen Wahlen mit dem Ende der Weimarer Republik zu vergleichen, als die zerstrittene Linke die Machtergreifung der Nazis ermöglichte. Dieses düstere Bild wurde von ihm gewählt, um die ernststen Gefahren zu verdeutlichen, die in den Kontroversen unter den Linken pro und contra die Unterstützung von Obama liegen. Für die linken Unterstützer von Obama handelt es sich nicht um die Wahl des »kleineren Übels«, sondern um eine Entscheidung zwischen der Fortsetzung einer unerträglichen Politik gegen die Arbeiterschaft und die Mittelklasse und die Ermöglichung einer Präsidentschaft, die in Richtung auf einen tief greifenden Politikwechsel gedrängt werden kann.

Die Absicht, Obamas Kampagne nachhaltig von links zu beeinflussen, hat schließlich zur Formierung der unabhängigen Bewegung »Fortschrittskräfte für Obama« geführt, der unter anderem bekannte Linke wie Tom Hayden, der Schauspieler Danny Glover, Bill Fletcher Jr., Carl Davidson and Barbara Ehrenreich angehören. Dieses Bündnis ist bemüht, Obama zu drängen, die US-Truppen vollständig aus dem Irak abzuziehen, mit dem Iran auf diplomatischer Ebene zu verhandeln, das Afghanistan-Abenteuer zu beenden, eine allgemeine Krankenversicherung ohne Beteiligung profitgieriger Privatversicherungen zu schaffen, ein weitreichendes Beschäfti-

»Bush und seine Republikaner haben regiert durch Polarisieren. Wahlen wurden gewonnen mit Hilfe der Geldgeber, die von Bush profitierten, und einem rechten Kern (vor allem weiße Männer), der permanent empört war über Benachteiligungen und unamerikanische Untaten der Liberalen. 2008 ist die Atmosphäre anders. McCain gewann die Vorwahlen trotz rechter Hetze, nach der er unter anderem wegen seiner relativen sozialpolitischen Toleranz und seiner relativ liberalen Haltung zur Einwanderung und zum Umweltschutz kein verlässlicher Konservativer sei. McCain betont, er wolle nicht polarisieren. Vor allem will er das Gefühl vermitteln, Amerika wäre bei ihm in guten und erfahrenen Händen.«
Ders.: Der komplexe Konservative, in: Freitag, 30. Mai 2008

gungsprogramm für Millionen »grüner Jobs« aufzulegen und entschlossen die Finanzkrise zu bekämpfen. Die Initiatoren gehen davon aus, dass eine konstruktive, friedliche Außenpolitik und ein an den Bürgerinteressen orientiertes Wirtschafts- und Sozialprogramm jene gewaltige Woge massenhafter Unterstützung wieder beleben würde, die Obama zum Sieg bei den Vorwahlen getragen hat.

Angesichts der Kritik von einigen Linken an Obamas Hinwendung zum Zentrum haben die »Fortschrittskräfte für Obama« wieder und wieder die Notwendigkeit betont, ein breites Bündnis mit der Bewegung zu schaffen, die während Obamas Wahlkampagne entstanden ist. Eine solche Verbindung herzustellen und die inneren politischen Klärungsprozesse zu befördern, um es langfristig zu stabilisieren, das ist das wichtigste Ziel der »Fortschrittskräfte für Obama«. Für diese Aktivisten geht es darum, die Unterstützerkampagne beharrlich auf die zentralen Themen zu lenken, wodurch die Bewegung selbst ein fortschrittliches Projekt würde – unabhängig davon, was an ihrer Spitze passiert. Die Voraussetzung dafür wäre, dass die Linken in der Bewegung für Obama in der Sache konsequent bleiben, die Kampagne selbst von einer unabhängigen Position aus dazu drängen, allen Versuchen der Demoralisierung, Marginalisierung und Spaltung zu widerstehen.

Die linken Kritiker dieses Ansatzes verweisen auf die Frustration unter der Präsidentschaft Bill Clintons, der sich schließlich den vehementen Attacken der Republikaner ergab. Und sie verweisen auf die faden zentristischen und daher zu recht erfolglosen Präsidentschaftskandidaturen anderer Demokraten (Michael Dukakis 1988, Al Gore 2000, John Kerry 2004).

Derartige Kritiken übersehen jedoch die wesentlichen Unterschiede zwischen den früheren Wahlkampagnen und Präsidentschaften der Demokraten und der gegenwärtig Kandidatur.

Zum ersten findet diese in einer Krisensituation statt, die geprägt ist von Bushs katastrophalem Erbe permanenter Militärinterventionen, der Aushöhlung der Verfassung und einer ruinösen Wirtschafts- und Umweltpolitik – all dies hat zu der weitverbreiteten Auffassung geführt, dass das Land »sich in die völlig falsche Richtung entwickelt«.

Zum zweiten hat diese Krise eine machtvolle Bewegung für einen Wandel hervorgebracht – eine Bewegung, wie es sie in der Vergangenheit nicht gab, eine Bewegung, die in der Lage sein könnte, die gesamte Politik in eine neue, fortschrittliche Richtung zu drängen.

Barack Obama ist ein gewiefter Politiker, der sehr wohl die verschiedenen politischen Kräfte einzuschätzen weiß, die in der US-amerikanischen Gesellschaft am Werk sind. Sein Pragmatismus könnte es ihm ermöglichen, den Interessen der Bewegung gegen die Interessen der Konzerne und Militärs, denen an einem Wandel nicht gelegen ist, Geltung zu verschaffen. Er würde möglicherweise tatsächlichen politischen Wandel durchsetzen, wenn eine machtvolle Massenbewegung den politischen Spielraum dafür erkämpft. Er hat zum Beispiel erkannt, dass es einer solchen Massenbewegung für die Durchsetzung einer allgemeinen Krankenversicherung – gegen die Interessen von Versicherungsunternehmen und der pharmazeutischen Industrie – bedarf. Seine immer wieder wiederholte Vision ist

»Obama will das amerikanische Haushaltsdefizit verringern, die US-Truppen aus dem Irak abziehen und gegen den Klimawandel kämpfen. Ein linker Flügel ist der amerikanischen Demokratie mit diesem – in Europa selbstverständlichen – Programm noch nicht gewachsen. Aber nach den Jahren der Bush'schen Arroganz ist der selbst-reflexive, skrupulöse Politikertypus, den dieser Mann repräsentiert, vielleicht ein kleiner Fortschritt.«
Ingo Arend: Der Traum vom Mittelstand, in: Freitag, 1. Februar 2008.

die, dass »Veränderung von unten wächst und nicht von oben verordnet werden kann«.

Im Moment deutet alles auf große Zugewinne für die Demokraten in diesem Wahljahr hin. Trotzdem liegt Obama bei vielen Meinungsumfragen nur knapp vor McCain. Sein Vorsprung ist viel geringer als dies bei anderen demokratischen Kandidaten der Fall war. Die Ursache dafür ist wohl bekannt: der anhaltende Einfluss und die Macht des weißen Rassismus in den USA. Die Bewegung, die sich um Obama geschart hat, steht vor der historischen Herausforderung, auch die weißen arbeitenden Menschen zu überzeugen, im Sinne eines aufgeklärten Selbstinteresses, dem höheren Wert Fairness zu seinem Recht zu verhelfen. Angesichts dessen, was bei den kommenden Präsidentschaftswahlen auf dem Spiel steht, ist es für das Wohl des Landes und der Welt unerlässlich diese Chance zu nutzen.

(Aus dem Amerikanischen von ARNDT HOPFMANN)

MARIAN KRÜGER

Ein Projekt der Entstaatlichung

Einige Anmerkungen zur Debatte
um die Föderalismusreform II

»Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends war keine gute Zeit für den deutschen Staat. Er hat einen im internationalen wie im historischen Vergleich einzigartigen Verlust an politischen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen erfahren (...) und es wäre fatal, wenn es durch die Föderalismusreform II dazu käme, dass der Bund bei gravierenden weltwirtschaftlichen Schocks nicht mehr voll handlungsfähig ist.«

Peter Bofinger in WSI-Mitteilungen 7/2008

1. Die Ausgangslage

Der Auftrag der Kommission

Am 15. Dezember 2006 haben Bundestag und Bundesrat eine gemeinsame Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen eingesetzt. Sie knüpft unmittelbar an die Föderalismusreform I an, die vor allem eine Entflechtung der gemeinsamen Zuständigkeiten von Bundestag und Bundesrat erreichen sollte. In ihrem Ergebnis wurden die Länder gestärkt, während der Bund in wichtigen Politikfeldern, wie Bildung und Wissenschaft, geschwächt wurde.¹

Wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck dazu im Plenum des Bundestages erklärte, heißt Föderalismusreform II »Neuordnung der Finanzbeziehungen, Föderalismusreform III heißt Neugliederung der Bundesländer.«² Zu dem ambitionierten Programm der zweiten Stufe der Reform gehören jedoch nicht nur Finanzthemen, sondern auch Themen des Umbaus der Verwaltungsbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Die SPD-Seite priorisiert hier vor allem die Optimierung des Steuervollzugs, der im Wesentlichen von den 16 Bundesländern nach dem Prinzip der Auftragsverwaltung ausgeführt wird. Die CDU-Seite möchte vor allem eine stärkere Zentralisierung des Einsatzes von Informationstechnologien für Verwaltung (IT-Verwaltung) erreichen. Beide möchten gerne mit einer Neuordnung der Bundesfernstraßenverwaltung tausende Kilometer Fernstraßen in die Finanzhoheit der Länder übergeben. Die Länder möchten sich dagegen finanzieller Lasten, die sich durch die Ausführung bestimmter Bundesgesetze ergeben, entledigen. Man sollte sich von der langweiligen Überschrift »Verwaltungsthemen« nicht täuschen lassen, hier geht es letztlich um zweistellige Milliardenbeträge.³ Diese ambitionierte Agenda wurde darüber hinaus noch durch den Wunsch der Bundesseite, auch über die institutionellen

Marian Krüger – Jg. 1964; Dipl. Politologe, Referent für Bund-Länder-Koordination in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Er begleitet die Arbeit der LINKEN in der Föderalismuskommission als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Er war von 1999-2006 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses mit den Schwerpunkten Haushaltspolitik, öffentlicher Dienst, Liegenschaftspolitik.

1 Vgl. Horst Kahrs: Föderalismusreform, in: fds-Newsletter vom 6. März 2006.

2 Plenardebatte über Einsetzung einer gemeinsamen Kommission zur Modernisierung der Bund/Länder-Finanzbeziehungen vom 15. 12. 2006, PlenPr. 16/74.

3 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur

Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Arbeitsunterlage 017.

und finanziellen Voraussetzungen einer Länderneugliederung zu verhandeln, erweitert.

Die Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD, aber auch FDP und Die Grünen haben von Anfang an klar gemacht, dass sie die wachsende Staatsverschuldung als zentrales Problem der Föderalismusreform II betrachten. Sie beträgt derzeit circa 1,5 Billionen €, wovon circa 1 Billion € auf den Bund, die restlichen 500 Milliarden auf die Ländergesamtheit und die Kommunen entfallen. »Wir brauchen so etwas wie einen Stabilitätspakt der Körperschaften – mit festgelegten Verschuldungsgrenzen – zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen«, sagte Peter Struck der damit den Zustand, dass 11 von 16 Bundesländern verfassungswidrige Haushalte haben, beseitigen will. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück erklärte »die Begrenzung der Staatsverschuldung« zum »obersten Reformziel«. Hans Peter Friedrich (CDU/CSU) zeichnete in der Bundestagsdebatte das auch medial immer wieder gern zitierte Bild vom bislang unaufhaltsamen »Marsch in den Verschuldungsstaat«, der nun gestoppt werden müsse.

In der Ursachenanalyse waren sich die Redner von Union, SPD und Grünen im Kern einig: Die hohe Verschuldung ist auf das Versagen des bestehenden Staatsverschuldungsrecht zurückzuführen. Um die Neuverschuldung zu stoppen, müsse das Grundgesetz geändert werden. Kredite sollen nur noch in Notfällen (wirtschaftliche Rezession, Bewältigung von Naturkatastrophen) aufgenommen werden dürfen. Nachhaltige Haushaltspolitik müsse auf Schuldenabbau setzen, dieses Ziel sei mit der bestehenden Finanzverfassung nicht mehr zu erreichen. Exemplarisch für diesen Denkansatz war auch die Rede des Grünen-Fraktionsvorsitzenden Fritz Kuhn. Die Kreditobergrenze in Artikel 115 Grundgesetz taue grundsätzlich nicht mehr dazu, Haushalte zu stabilisieren. Die Finanzpolitik dürfe sich nicht mehr länger am Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 orientieren. In diese Kerbe schlug auch Sachsens damaliger Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU), wenn er die Ursache der Verschuldung auf den »Ausbau des Sozialstaates in den 70er Jahren« zurückführt.

Im unmittelbaren Vorfeld der konstituierenden Sitzung der Kommission am 8. 3. 2007 legte der Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung das Gutachten »Staatsverschuldung wirksam begrenzen« vor. Hierin plädiert er für die Änderung des Artikels 115 Grundgesetz und die Einführung einer sogenannten »Schuldenbremse«. Analog sollen die Landesverfassungen geändert werden. Demnach soll die Netto-Neuverschuldung künftig so bemessen sein, »dass sie sich in der Summe auf 2 von Hundert des nominalen Brutto-Inlandsproduktes belaufen, wovon jeweils 1 von Hundert auf den Bund und die Länder-Gesamtheit entfallen.«⁴ Dies würde einen strukturellen Neuverschuldungsspielraum des Bundes und der Ländergesamtheit von circa 44 Milliarden umfassen.⁵ SVR-Mitglied Peter Bofinger distanzierte sich in einem Minderheitenvotum von diesem Vorschlag und plädierte stattdessen für die Einführung einer »Steuerausfallbremse«. Insgesamt bleibt der SVR in seinem Modell deutlich unter der im Maastricht-Vertrag vorgesehenen Obergrenze für die Neuverschuldung von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP).

4 Süddeutsche Zeitung, 6. 3. 2007.

5 Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Thema »Staatsverschuldung wirksam begrenzen«, Wiesbaden, März 2007, S. 168.

6 Sachverständigenrat (SVR) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: »Staatsverschuldung wirksam begrenzen«, Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Wiesbaden, März 2007, S. 7.

Im Frühjahr 2008 präsentierte Bundesfinanzminister Steinbrück der Kommission ein eigenes Modell⁷ für eine Schuldenbremse, das noch restriktiver ausfiel, als das des SVR. Seine wesentlichen Eckpunkte bestehen in der Begrenzung der Nettoneukreditaufnahme (NKA) am BIP in Höhe von 0,5 Prozent. Dies wird mit einer »Konjunkturkomponente« kombiniert. Diese soll sicherstellen, dass in Jahren mit sinkendem Wachstum bzw. Rezession höhere Kreditgrenzen bestehen. Bei guter Konjunktur bedingt sie jedoch eine zusätzliche Beschränkung der neuen Kreditobergrenze. Von dem strukturellen Neuverschuldungsspielraum soll der Bund 0,35 Prozent bekommen, die Ländergesamtheit 0,15 Prozent erhalten.

Die SPD-Linken haben dieses Modell in einem eigenen Positionspapier⁸ heftig kritisiert. Deren Repräsentanten Nahles und Böning haben sich öffentlich davon abgegrenzt (FAZ, 13. 2. 2008) Das Handelsblatt (13. 2. 2008) berichtete, dass man sich in Teilen der SPD schockiert über Steinbrücks Vorgehen zeigte. Am Ende musste Steinbrück zurückrudern, denn jetzt soll aus SPD-Sicht die Verschuldungsobergrenze auf 0,75 Prozent des BIP angehoben werden.⁹ Aber nun scheint die gesamte SPD-Fraktion hinter der Forderung zu stehen, das 1969 von ihr selbst mit eingeführte Staatsverschuldungsrecht wieder abzuschaffen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion möchte hingegen jede strukturelle Neuverschuldung ganz verbieten (Beschluss vom 11. 3. 2008)¹⁰: »Wir lehnen eine strukturelle Komponente von größer als 0,0 Prozent BIP bei der Neuverschuldung ab.« Damit würden neue Kredite faktisch nur noch in konjunkturellen Abschwungphasen oder bei Rezessionen aufgenommen werden. Dies solle zu einem Abbau der Staatsverschuldung auf unter 60 Prozent des BIP führen.

Dieser Streit mag aus der Sicht Außenstehender unwirklich erscheinen. Letztlich findet hier jedoch ein zäher Positionskampf um die Zukunft des Sozialstaates statt. Denn die Unterschiede zwischen den einzelnen Modellen sind aus haushaltswirtschaftlicher Sicht beträchtlich. Bezogen auf ein BIP von circa 2,4 Billionen € (2007) ergibt sich für das SVR-Modell eine strukturelle Neuverschuldungsobergrenze von circa 44 Milliarden €¹¹, beim Steinbrück-Modell von 12 Milliarden € – davon 8 Milliarden € für den Bund, der Rest soll auf Länder und Kommunen aufgeteilt werden. Beim Modell der SPD-Bundestagsfraktion ergäben sich 18 Milliarden €, wovon 12 Milliarden auf den Bund entfielen. Überschreiten oder unterschreiten Bund und Länder die Verschuldungsgrenzen, werden diese Abweichungen auf einem Ausgleichskonto erfasst. Verglichen mit den jetzt bestehenden strukturellen Verschuldungsmöglichkeiten (Kredite können in der Höhe der Investitionen aufgenommen werden) würde sich der Spielraum für Investitionen von 24 Milliarden auf 8 Milliarden € verengen.¹²

Die Revision der Finanzreform von 1969

Mit dieser Zielstellung steht auch die Föderalismusreform II ganz im Zeichen der Revision der Großen Finanzreform von 1969, die als »das herausragende Beispiel für den kooperativen Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland« gilt.¹³ Das betrifft vor allem die Einführung der so genannten Gemeinschaftsaufgaben in Artikel 91a

7 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bundesländer-Finanzbeziehungen, Kommissionsdrucksache 096.

8 Petra Merkel, Ortwin Runde: »Sparen in der Zeit statt Schuldenbremsen bis in die Not« Positionspapier der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion zur wirksamen verfassungsrechtlichen Begrenzung der Staatsverschuldung, Langfassung, Berlin, 11. 3. 2008.

9 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bundesländer-Finanzbeziehungen, Kommissionsdrucksache 097, Beschluss der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, »Schuldenbremse für Deutschland«, 11. 3. 2008.

10 Ebenda.

11 Auf den Bund würde dabei eine Obergrenze von 22,12 Milliarden € entfallen, das heißt, ein Umfang von 1 Prozent um nominales Bruttoinlandsprodukt im Mittel der vergangenen fünf Jahre. Würde die Schuldenstranke erstmals bei der Aufstellung des Bundeshaushalts 2008 angewendet, so wäre dies der Mittelwert für die Jahre 2002 bis 2006.

12 Petra Merkel, Ortwin Runde, a. a. O., S. 10.

13 Ursula Münch, Kerstin Meerwaldt: Politikverflechtung im kooperativen Föderalismus, Informationen zur politischen Bildung (Heft 275).

Grundgesetz, die Reform des Staatsverschuldungsrechts und die Orientierung der staatlichen Haushaltspolitik am »gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht«, also einer aktiven Konjunkturförderung (Artikel 115 und 109 Grundgesetz).

Mit der Etablierung der Gemeinschaftsaufgaben wurden nicht nur neue Ermächtigungsgrundlagen für umfassende Finanzhilfen des Bundes insbesondere in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung geschaffen. Vielmehr ist diese »Zielsetzung vor dem Hintergrund einer prinzipiellen Neuausrichtung der bundesdeutschen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik auf den Keynesianismus« und ihrer Ambition einer »längerfristige(n) Aufgaben- und Finanzplanung«¹⁴ zu verstehen.

Das bis 1969 gültige Staatsverschuldungsrecht hatte sich noch an Artikel 87 der Weimarer Reichsverfassung (WRV)¹⁵ orientiert, in dem die Kreditfinanzierung öffentlicher Aufgaben nur im Ausnahmefall zugelassen wurde. Das Grundgesetz sprach sich also bis 1969 dagegen aus, über staatliche Anleihen künftige Generationen an der Finanzierung von öffentlichen Gütern oder Leistungen zu beteiligen, die vorhergehenden Generationen zugute kämen.¹⁶ Mit dem neuen Staatsverschuldungsrecht, wurde die Kreditaufnahme an den Umfang der Investitionen gekoppelt. Nun wurden Kredite neben Steuern ein reguläres Finanzinstrument für allgemeine Staatsaufgaben und zur Erreichung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.¹⁷

39 Jahre danach nutzen Union und SPD ihre Mehrheit in Bundestag und Bundesrat, um in der Föderalismusreform I zunächst die Gemeinschaftsaufgaben im Bildungsbereich (Hochschulbau und Bildungsplanung) abzuschaffen. Der Bund zieht sich damit aus der Finanzierung des Hochschulausbaus und aus den direkten Finanzhilfen im Schulbereich, wie sie noch unter der rot-grünen Bundesregierung eingeführt wurden, zurück.¹⁸

Die Agenda des Wettbewerbsföderalismus

Die zentrale Sollbruchstelle innerhalb der Debatte um die Föderalismusreform II ist die Frage der Übertragung föderalistischer Wettbewerbsprinzipien auf das Grundgesetz. Hier plädieren vor allem die CDU/CSU-geführten süddeutschen Bundesländer für mehr Steuerwettbewerb, Öffnungsklauseln beim Vollzug der Sozial- und Umweltgesetzgebung des Bundes. Dagegen stehen vor allem die sozialdemokratisch geführten Bundesländer, die sich gegen einen »ruinösen Steuerwettbewerb« (z. B. der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringsdorf) wenden.

Am weitesten in seinen Forderungen ging dabei bislang der amtierende hessische Ministerpräsident Roland Koch. Er will für die Länder das Recht einführen, Zu- und Abschläge auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer zu erheben. Zugleich sollen die Länder auch die Möglichkeit erhalten, Abschläge bei der Ausführung von Leistungsgesetzen des Bundes einzuführen. Damit könnten wirtschaftsstärkere Länder es sich leisten, in einen ruinösen Steuerwettbewerb zwischen den Gebietskörperschaften einzutreten. Darüber hinaus, würden Arbeitnehmer, die aus einem wirtschaftschwächeren Bundesland kommen, einkommenspolitisch benachtei-

14 Ebenda.

15 »Im Wege des Kredits dürfen Geldmittel nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken beschafft werden. Eine solche Beschaffung sowie die Übernahme einer Sicherheitsleistung zu Lasten des Reichs dürfen nur auf Grund eines Reichsgesetzes erfolgen.« <http://www.dhm.de/lemo/html/dokumente/verfassung/index.html>.

16 Benjamin-Immanuel Hoff: Solidarität, Wettbewerb und Haushaltskrisen im föderalen Wohlfahrtsstaat, Dissertationsschrift, Berlin, 2006, S. 267.

17 Dieter Birk: Die finanzverfassungsrechtlichen Vorgaben und Begrenzungen der Staatsverschuldung, in: DVBl Heft 16/1984, S. 745 ff.

18 Das 2003 gestartete Programm »Zukunft Bildung und Betreuung« (IZBB), dass bundesweit 12 132 Maßnahmen an 6 400 Schulen umfasst und ca. 4 Milliarden € kostet, läuft 2009 aus. (Alle Angaben über: <http://www.bmbf.de/de/1125.php>).

ligt werden. Dies hätte auch gravierende Auswirkungen auf die tarifpolitischen Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften.

Die Befürworter von mehr Wettbewerbsföderalismus sprechen sich tendenziell für eine weitere Entflechtung der Zuständigkeiten bei der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, das heißt für mehr Konkurrenz zwischen den Ländern, für die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben, gegen Mischfinanzierungen, für die Absenkung der Ausgleichsintensität des Länderfinanzausgleichs auf bis zu 50 Prozent aus. Dies war auch weitgehend der Ansatz, den die von der Union und der FDP nominierten Gutachter in der Expertenanhörung vom 22. 6. 2007 vertreten haben.¹⁹

2. Politische Kräfteverhältnisse und Konfliktlinien:

Wettbewerbsföderalismus vs. solidarischer Föderalismus

Die Föderalismuskommission hat 32 stimmberechtigte Mitglieder, die sich jeweils zur Hälfte aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates zusammensetzen. Da bundesratsseitig in der Regel die Ministerpräsidenten der Länder die Mandate wahrnehmen und die Koalition auch jeweils Bundesminister mit Parlamentsmandat entsandt hat, ist insgesamt die Exekutive in der Kommission dominant. Als nicht stimmberechtigte Vertreter nehmen Repräsentanten der Landtage und der kommunalen Spitzenverbände an den Sitzungen teil.

In allen Debatten der Kommission wurde die grundsätzliche Übereinstimmung beschworen, zu einer Schuldenbremse im Grundgesetz zu kommen. Nur DIE LINKE hat sich diesem Credo nicht angeschlossen. Grüne und FDP legten jeweils eigene Vorschläge für ein neues Staatsverschuldungsrecht vor. Angesichts dessen ist der Umstand, warum denn immer noch kein neues Staatsverschuldungsrecht gibt, wenn (mit Ausnahme der LINKEN) alle dafür sind, höchst erklärungsbedürftig.

Union und SPD als die beiden großen Protagonisten der Bundestagsseite verbinden höchst unterschiedliche machtpolitische Erwägungen und gesellschaftspolitische Ansätze mit der Reform, die sich gegenseitig ausschließen. Zugleich spielen machtvolle Länderinteressen eine Rolle – und hier vor allem die der unionsregierten Länder –, um mehr Wettbewerbsföderalismus einzuführen. Die finanzschwachen Länder, in denen meist die SPD (mit-)regiert, wollen eine Schuldenbremse nur akzeptieren, wenn sie spürbar von ihren Altschulden entlastet werden. Das heißt, sie knüpfen ihre Zustimmung an neue Finanzhilfen des Bundes. Das lehnte nun wiederum Bundesfinanzminister Steinbrück ab. Die CDU/CSU-Fraktion will in Übereinstimmung mit den meisten ihrer Ministerpräsidenten (nur Böhmer und Müller sind da nicht »auf Linie«) in wirtschaftlichen Normalzeiten ein striktes Neuverschuldungsverbot. Bund und Länder sollen bei normaler Konjunktur keine Kredite mehr aufnehmen dürfen, um damit Investitionen zu finanzieren. Während die Union in der Kommission den harten Konsolidierergibt, plädiert sie in den Medien zugleich für massive Steuersenkungen. Eine Politik, die die Handlungsfähigkeit des Staates bewahren will, sieht anders aus. Der rheinlandpfälzische Finanzminister Prof. Ingolf Deubel (SPD) warf der Union in diesem Zusammen-

19 <http://www.bundestag.de/parlament/gremien/foederalismus2/protokolle/prot04.pdf>.

20 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, stenografischer Bericht zur 14. Sitzung, Berlin, 26. 6. 2008, S. 460.

21 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Offener Brief der Vertreter der Landtage und der unterzeichnenden Stellvertreterin der Föderalismuskommission II, Kommissionsdrucksache 100.

22 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Kommissionsdrucksache 128, Eckpunkte zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Vorschlag der Vorsitzenden FV Dr. Peter Struck, MdB MP, Günther H. Oettinger, MdL Berlin, 23. 6. 2008.

23 Die von CDU bzw. CSU allein regierten Länder disponieren derzeit über 18 Stimmen, die konservativ-liberal regierten Länder haben weitere 18 Stimmen.

hang vor, »dass auf der einen Seite hier Sonntagsveranstaltungen über eine Schuldenbegrenzung durchgeführt werden und auf der anderen Seite bereits Planungen existieren, mit denen die meisten Länder in die Verfassungswidrigkeit getrieben werden.«²⁰

Regelmäßig tauchen zudem erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken auf. Im Sommer 2008 haben die sechs Vertreter der Landtage in der Kommission schwere Vorwürfe gegen den Bundesfinanzminister erhoben: »Neue Schuldenregeln dürfen den Ländern nicht durch eine Änderung des Grundgesetzes übergestülpt werden«. Dies sei »verfassungspolitisch nicht hinnehmbar« und liefe auf die »budgetrechtliche Entmachtung« der Landtage hinaus. Dieser Vorschlag und die Weigerung Steinbrücks, »die Altschulden der Länder überhaupt in die Betrachtung einzubeziehen« sei »eine Provokation und für die Landesparlamente nicht hinnehmbar.« Damit hätten die Länder »kaum noch eigene Möglichkeiten und realistische Chancen, ihre Haushalte zu gestalten.«²¹

Aufgrund dieser hier nur sehr grob skizzierbaren Differenzen ist die Ambition der Kommissionsvorsitzenden Struck und Oettinger, die Föderalismusreform II aus dem Bundestagswahlkampf 2009 herauszuhalten, kaum noch umzusetzen. Ursprünglich sollten im September 2008 Ergebnisse an den Bundestag übermittelt werden. Nunmehr soll dies am 15. 12. 2008 erfolgen. Mit einem gemeinsamen Positionspapier der Vorsitzenden sollte dafür die Basis bereitet werden.²² Hier haben sich die beiden Seiten durchaus aufeinander zu bewegt, weil die Union beim Thema Steuerwettbewerb nachgegeben hat. In der zentralen Frage des Staatsverschuldungsrechtes gab es jedoch keine Einigung.

Der Bundesrat wird von der Union beherrscht

Jeder Kompromiss, den SPD und CDU/CSU im Bundestag abschließen sollten, steht allerdings unter dem Verdikt des unionsdominierten Bundesrats. Der Bundesrat wird derzeit von den unionsregierten Ländern beherrscht, sie haben die absolute Mehrheit der Stimmen.²³ Änderungen des Grundgesetzes sind nach Art. 79 Abs. 2 Grundgesetz nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit von 46 Stimmen möglich. Doch ein Blick auf die politische Mandatsverteilung im Bundesrat zeigt, dass derzeit keine Sperrminorität für die SPDgeführten Länder möglich ist. Dies verleiht der Unionsposition insgesamt ein großes Gewicht und erklärt, warum die Union bis in die Schlussphase der Verhandlungen unbeirrbar an Maximalforderungen festhält.

Übersicht 1: Zusammensetzung des Bundesrates

Partei/Koalition	Sitze	Länder
CDU	12	Hessen, Saarland, Thüringen
CSU	6	Bayern
CDU und SPD	12	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein
SPD und CDU	7	Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern
SPD	4	Rheinland-Pfalz
CDU und FDP	18	Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen
CDU und Grüne	3	Hamburg
SPD und Grüne	3	Bremen
SPD und Die Linke	4	Berlin

Quelle: [http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Zusammensetzung_des_Bundesrat_2008_\(wenn-HH-Schwarz-Gruen\).png](http://de.wikipedia.org/wiki/Bild:Zusammensetzung_des_Bundesrat_2008_(wenn-HH-Schwarz-Gruen).png)

3. Exkurs: Die Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die Ursachen der Staatsverschuldung

Es ist gleichermaßen erstaunlich und erklärungsbedürftig, wie sich eine Kommission, die für die Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ins Leben gerufen wurde, gerade auf das Thema Staatsverschuldung konzentriert. Die Schulden des Bundes und der Länder sind haushaltsrechtlich strikt getrennt. Nur im Ausnahmefall – bei Haushaltsnotlage – muss der Bund als Ganzes, das heißt auch die Ländergesamtheit, für die Schulden eines einzelnen Bundeslandes einstehen.

Wenn von den Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Rede ist, dann geht es zugleich um die Gesamtheit der Elemente der Finanzverfassung:²⁴

- In den Artikeln 104a – 115 Grundgesetz ist das öffentliche Finanzwesen geregelt. Das betrifft insbesondere die Zuordnung der Erhebungs- und Ertragskompetenz der einzelnen Steuerarten auf Bund, Länder, Gemeinden, die Garantie der Haushaltsautonomie der Länder u.a.m.

- Den mit der Finanzreform von 1969 bestehenden Länderfinanzausgleich, einschließlich der Bundesergänzungszuweisungen und der Umsatzsteuerverteilung.

- Den Zuweisungen des Bundes an die Länder im Rahmen der fortbestehenden der Gemeinschaftsaufgaben im Artikel 91a und b Grundgesetz.

- Transferzahlungen des Bundes im Zusammenhang mit Geldleistungsgesetzen (z. B. die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft für Hartz-IV-Empfänger, Beteiligung an den Ausgaben für das BAföG)

- Die Sonderregelungen für die Finanzierung der deutschen Einheit, hier insbesondere der Solidarität II (Laufzeit von 2005-2019) sowie das Erblastentilgungsgesetz.

- Übergangszahlungen nach dem Föderalismusbegleitreformgesetz.

Warum die Staatsverschuldung nun zum zentralen Problem der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erklärt wurde, erschließt sich weder aus der Struktur der Finanzbeziehungen noch aus den aktuellen Verschuldungstrends von Bund und Ländern. Ganz ohne »Schuldenbremse« bauen die meisten Bundesländer zügig ihre Neuverschuldung ab. Nach den in der Föderalismuskommission eingegangenen Finanzstatusberichten erreicht die Mehrheit der Bundesländer aus eigener Kraft eine Reduzierung der Neuverschuldung, 7 Bundesländer gehen 2009 zur Tilgung der Altschulden über. Auch der Bund will bis 2011 den Haushaltsausgleich erreichen und dann zur Tilgung übergehen.

24 Christine Falken-Großer: Handreichung zu den Grundlagen der Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen aus der Sicht der Kommunen, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Berlin 2008, S. 7 ff.

25 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bundesländer-Finanzbeziehungen, Arbeitsunterlage 037 (neu), Abfrage zur Entwicklung der Verschuldung vom 17. September 2007 sowie ergänzendes Schreiben vom 7. 12. 2007 zur Bewertung der Indikatoren – Synopse; eigene Berechnungen.

Übersicht 2: Schuldenabbau in den Ländern in Millionen €²⁵

Land	Tilgungsbeitrag 2009	Tilgungsbeitrag 201	Tilgungsbeitrag 2011	Gesamtschulden 2008	Perspektive]
BW	Nachdem für 2008 eine Tilgung von 350 Mio. € vorgesehen ist, weist Finanzplanung bislang keine weiteren Tilgungsschritte aus.			41.460	Fortsetzung der Tilgung
BAY	200	200	200	22.565	Fortsetzung der Tilgung
BE	107	225	590	59.528	nicht ausgewiesen
BB	0	0	0	18.212	Ab 2012 keine Planung zur Rückführung des Schuldenabbaus
HB	Kein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft möglich			15.222	nicht ausgewiesen
HE	Tilgung frühestens ab 2012			32.362	nicht ausgewiesen
HH	1	1	1	21.887	nicht ausgewiesen
MVP	150	180	200	10.557	keine
NDS	0	100	100	49.995	Fortschreibung um jeweils 100 Millionen
NRW	NRW stellt den Übergang zur Nullverschuldungspolitik „in der ersten Hälfte des kommenden Jahrzehnts“ in Aussicht.			116.046	nicht ausgewiesen
RLP	Keine Festlegungen der Landesregierung			26.529	nicht ausgewiesen
Saar	Kein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft möglich			9.730	nicht ausgewiesen
SA	75	75	75	12.063	nicht ausgewiesen
SAH	25	100	150	19.829	Jährlicher Betrag 200 Millionen für Tilgung in Aussicht gestellt
SLH	Kein Haushaltsausgleich aus eigener Kraft möglich			22.029	
TH	0	145	178	15.707	nicht ausgewiesen
Ges.	558	1.026	1.994	ca. 495.000	nicht ausgewiesen

Die Übersicht 2 zeigt, dass Strucks zitierte Einschätzung, dass die Mehrheit der Bundesländer die Kreditobergrenze der Verfassung nicht einhalten kann, nicht mehr als Rechtfertigungsgrund für eine Revision des Staatsverschuldungsrechtes dienen kann. Bund und Länder bauen ihre laufende Nettoneuverschuldung ab, ohne dass sie dazu durch neue haushaltsrechtliche Restriktionen gezwungen werden müssten.

Hier ist auch die Frage zu stellen, inwieweit es überhaupt wissenschaftlich angemessen ist, das Wachstum der Staatsverschuldung primär als normatives Problem der Finanzverfassung zu thematisieren. Dieser Ansatz ist vor allem von der LINKEN und von Teilen der SPD in der Kommission immer als untauglich zurückgewiesen worden, weil damit die gravierende Erosion der Einnahmehasis des Staates als auch die Entscheidung der Regierung Kohl, die deutsche Einheit in einem hohen Maße auf Pump zu finanzieren als relevante Ursachen der Staatsverschuldung systematisch ausgeblendet werden.

Von 1969 bis 2006 ging der Anteil der durch Steuern gedeckten öffentlichen Ausgaben von 95,5 Prozent auf 78 Prozent zurück. Zugleich hat sich die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden mit 1 440 Milliarden € (2005) gegenüber 1991 um 144 Prozent erhöht, u. a. weil die großen Vermögen bei der Finanzierung der Einheit geschont wurden.

4. Exkurs: Probleme der Verwaltungsorganisation

Die Föderalismuskommission hat am 8. 11. 2007 eine Expertenanhörung durchgeführt, die auf einen erheblichen Reformbedarf in der Bund-Länder-Verwaltungsorganisation verweist.²⁶

Das Grundgesetz legt fest, dass grundsätzlich jede Verwaltung ihre Aufgaben für sich und allein organisiert. Damit liegt dem Föderalismus ein weitgehendes Trennsystem der Verwaltungsorganisation zugrunde. So besteht eine bundeseigene Verwaltung für Kernbereiche der Staatstätigkeit nicht. Artikel 83 Grundgesetz weist den Ländern eine allgemeine Zuständigkeit der Länder für die Ausführung von Bundesgesetzen zu.²⁷ Artikel 87 und 87a Grundgesetz begrenzen die bundeseigene Verwaltung auf die Bereiche Auswärtiges, Militär, Bundesgrenzschutz, Zentralstellen für Kriminalpolizei, Bundeswasserstraßen und Schifffahrt. Der Bund darf bundesunmittelbare Körperschaften des öffentlichen Rechtes im Bereich des Sozialversicherungswesens und der Arbeitsmarktverwaltung unterhalten.

Dieses Trennsystem führt nicht nur zur Zersplitterung von Zuständigkeiten, sondern erschwert auch die Kooperation. Ein besonders exemplarischer Fall dieser Problematik ist die Steuerverwaltung. Auf einer Expertenanhörung der Kommission von 2007 sagte der Präsident des Bundesrechnungshofes (BRH), Dieter Engels, dass in der Steuereinzahlung mittlerweile ein »Vollzugsnotstand« herrsche. Die Aufsplitterung der Steuerverwaltung auf 16 Länder, so Engels, begünstige zudem europaweit operierende Umsatzsteuerbetriebe. Derzeit müssen inzwischen 50 verschiedene Bund-Länder-Arbeitsgruppen einbezogen werden, um die Verwaltungsverfahren in der Steuerverwaltung zu managen. Da wundert es auch nicht, dass Bund und Länder sich bislang auf keine bundesweit kompatible Software einigen konnten. Diese Zustände kosten den Staat jährlich Milliarden. »Statistisch gesehen«, so der von der Linksfraktion für die Anhörung nominierten Sachverständige Prof. Dr. Andreas Fisahn, »werden die Unternehmen in Deutschland nur alle 50 Jahre von einer Umsatzsteuer-Sonderprüfung erfasst.« Diese »Ungleichbehandlung zu Lasten der Gesetzestreu«, greife den Rechtsstaat in seiner Substanz an, so Fisahn. Nach einer vom BMF beauftragten Untersuchung würde eine Zentralisierung der Steuerverwaltung beim Bund Mehreinnahmen von bis zu 11 Milliarden € bringen.

Auf der Anhörung wurden noch weiter gravierende Mängel in der Verwaltungsorganisation von Bund und Ländern zur Sprache gebracht:

- Die Hartz-Gesetze haben die *Vollzugsdefizite in der Arbeitsmarktverwaltung* nicht beheben können. Eine Bündelung der Zuständigkeiten wurde nicht erreicht. Stattdessen bestehen zwei getrennte Geschäftssysteme für die Arbeitslosen aus dem Versicherungskreis (ALG I) und aus dem Grundsicherungssystem (ALG II).

26 <http://www.bundestag.de/parlament/gremien/foederalismus2/protokolle/prot08.pdf>.

27 Art. 83 »Die Länder führen die Bundesgesetze als eigene Angelegenheit aus, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt oder zuläßt.«

Innerhalb des Grundsicherungssystems (ALG II) besteht darüber hinaus eine Trennung in 365 ARGEn, 69 Optionskommunen und 19 Modelle getrennter Aufgabenwahrnehmung. Zentralisierung der Finanzierungs- und Durchführungsverantwortung auf Bundesebene oder Regionalisierung lauten hier die gegensätzlichen Expertenstandpunkte.

- *IT-Verwaltung.* Das verwaltungspolitische Leitbild der getrennten Verwaltung im Grundgesetz ist in vielerlei Hinsicht inkompatibel mit Informationstechnik. Zugleich begegnet eine Vereinheitlichung der Strukturen und Standards die Furcht vor einer »Big Brother«-artigen Mammutorganisation, die eine direkte oder indirekte Fremdsteuerung der eigenen Verwaltungsabläufe zu betreiben in der Lage wäre. Dennoch ist die Frage eines gemeinsamen IT-Zentrums von Bund und Ländern keine des »Ob« sondern des »Wie«. Denn aufgrund der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie vom 12. 12. 2006 ist die Einrichtung eines Systems zur elektronischen Abwicklung von Verfahren und Formalitäten gefordert. Damit müssen sich Bund und Länder auf neue Strukturen und einheitliche Standards verständigen.

- *Bundesfernstraßenverwaltung.* Der Präsident des BRH fordert in einem Gutachten (2004), die *Bundesstraßen* den Ländern (circa 40 000 km) eigentumsrechtlich zu übertragen. Zugleich sollte eine bundeseigene *Autobahnverwaltung* (für circa 12 000 km) aufgebaut werden. Damit könnten auch neue Möglichkeiten der Privatisierung von Autobahnen geschaffen werden.

- *Das EU Vergaberecht behindert die interkommunalen Kooperationsbedürfnisse.* Derzeit müssen die Kommunen europaweite Ausschreibungen für Aufgaben machen, die sie gerne in (öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher) Kooperation wahrnehmen würden.

- *Die Zersplitterung der Zuständigkeiten im Bereich der familienbezogenen Leistungen,* hält nicht mit der Notwendigkeit einer generationenübergreifenden Politik Schritt. Diese Leistungen umfassen zur Zeit insgesamt circa 145 Milliarden € pro Jahr. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, sie in den Bereichen Sozialversicherung, steuerliche Leistungen, Unterhalt in Form einer neuen *Familienkasse (AdöR)* zu bündeln.

5. Die Positionen der LINKEN

Stand die Föderalismusreform I im Zeichen des Kompetenzzugs für die Bundesebene in Kernbereichen der Staats, geht es in Föderalismusreform II offenbar darum, die im Rahmen der geltenden Finanzverfassung bestehenden konjunkturpolitischen Spielräume des Staates einzuschränken. Hier ist Peter Bofinger durchaus zuzustimmen, wenn er diese beiden Aspekte der Föderalismusreformen in den übergreifenden Kontext der Entstaatlichung stellt. Entstaatlichung ist in diesem Kontext als ein systematischer Prozess des Entzugs von Handlungskompetenzen und Finanzmitteln zu betrachten, wie sie in der Abtretung nationaler Handlungskompetenzen an die EU, z. B. im Bereich der Währungspolitik ebenso zum Ausdruck kommt, wie in der in Absenkung der Steuern auf Vermögen, Kapital und hohe Einkommen. Die Föderalismuskommission ist in diesem Zusammenhang als eine exklusive Arena des Konflikts um die Zu-

kunft des Wohlfahrtsstaats zu betrachten. Denn im Gegensatz zu der kritischen Öffentlichkeit, die die Prozesse der Aushandlung der »Hartz«-Gesetze und der Agenda 2010 nicht nur diskursiv, sondern auch auf Demos und Kundgebungen begleitete, gibt es hier nur wenige politische Interventionen aus der Zivilgesellschaft. Allerdings ist immerhin der DGB von Anfang an auf Distanz zu diesem Projekt gegangen²⁸. »Sollten die Vorschläge zur Föderalismusreform II wirklich in ein Gesetz gegossen werden«, so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer, »stünde die Handlungsfähigkeit des bundesdeutschen Föderalstaats auf dem Spiel«.²⁹

Die Diskussion um die Einführung einer staatlichen Schuldenbremse findet in einer Zeit statt, in dem erstmals seit fast zwei Jahrzehnten wieder Überschüsse in den öffentlichen Kassen verzeichnet werden können. Das betrifft vor allem die Länder und perspektivisch auch den Bund. Allerdings zeichnet sich nun national wie international eine Abkühlung der Konjunktur ab, die die ehrgeizigen Pläne des Schuldenabbaus schnell ad absurdum führen könnten.

Deutschland lebt nicht über seine Verhältnisse. Die Defizite in vielen öffentlichen Haushalten verringern sich. Mehrere Bundesländer kamen 2006 ohne Nettoneuverschuldung aus. Für 2007 rechnet das BMF mit einem Rückgang des Staatsdefizits auf 1,2 Prozent des BIP. Es soll sich bis Ende 2010 auf circa 0,5 Prozent verringern. Diese Zahlen widerlegen meines Erachtens die These vom »Marsch in den Schuldenstaat«. Dennoch ist zu konstatieren, dass der Anteil der Schulden am nominalen BIP (Schuldenstandsquote) sich deutlich erhöht hat. Allein von 1990 bis 1996 erhöhte sich die deutsche Schuldenstandsquote von 40,4 Prozent auf 58,9 Prozent.

Auch die Vertreter der LINKEN in der Kommission sehen im Hinblick auf das Verschuldungsproblem politischen Handlungsbedarf. Sie plädieren jedoch nicht für eine Änderung der Finanzverfassung, sondern für einen »einen Entschuldungsfonds, der der öffentlichen Hand wieder mehr Spielräume für die Finanzierung von Zukunftsaufgaben, von Bildung, Forschung, Wachstum und Beschäftigung verschaffen soll.«³⁰

Zur Finanzierung dieses Fonds kämen in Frage:

- Eine einmalige Vermögensabgabe, wie sie z. B. von Wissenschaftlern oder auch Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen (Wahlprogramm 1998) gefordert worden ist.
- Alternativ dazu kämen auch laufende Abgaben auf Vermögen anknüpfend an das Lastenausgleichsgesetz von 1952 in Frage.
- Zuschläge auf die Erbschaftsteuer.
- Beiträge aus den Gewinnen der Deutschen Bundesbank.
- Goldverkäufe der Deutschen Bundesbank nach Schweizer Vorbild.

Darüber hinaus geht es der LINKEN darum, dass sich die Föderalismusreform II nicht nur der finanzpolitischen Altlastenbewältigung zuwendet, sondern auch einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungsfinanzierung leistet. DIE LINKE hat als erste der in der Föderalismuskommission vertretenen Fraktionen eigene Vorschläge zu diesem Thema vorgestellt.³¹

Die Bildungsausgaben in Deutschland sind gemessen an der Wirtschaftskraft seit Jahren rückläufig. Deutschland liegt im OECD-Ver-

28 DGB-Bundesvorstand, Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik: »Wachstum fördern – Staatsschulden begrenzen«, Positionspapier Nr. 2 des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Föderalismusreform II, Berlin, 3. 7. 2007.

29 Presseerklärung DGB-Bundesvorstand.

30 Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Offener Brief der Vertreter der Landtage und der unterzeichnenden Stellvertreterin der Föderalismuskommission II, Kommissionsdrucksache 047; Bodo Ramelow, Axel Troost: Föderalismusreform II für Einstieg in Entschuldung und nationalen Bildungspakt nutzen, Positionspapier zur Klausur der Kommission zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Berlin September 2007.

31 Bundestagsfraktion DIE LINKE, Bodo Ramelow, »Die Föderalismusreform II muss Weichen für eine bessere Bildungsfinanzierung stellen.« Eckpunkte für einen nationalen Bildungspakt, Berlin 7. 4. 2008.

gleich der öffentlichen Bildungsausgaben auf Platz 21 der 29 untersuchten Staaten. Deutschland gab im Jahre 2003 4,7 Prozent des BIP für Bildung aus. Spitzenreiter Dänemark gibt für öffentliche Bildung 8,3 Prozent des BIP für Bildung aus, gefolgt von Island (7,8 Prozent), Norwegen (7,6 Prozent) und Schweden (7,5 Prozent). Die Schweiz (6,0 Prozent) und Österreich (5,5 Prozent), als deutschsprachige Länder mit dualem System, wenden öffentlich ebenfalls wesentlich mehr Geld für Bildung auf als die Bundesrepublik.

Der haushaltspolitische Handlungsbedarf in Deutschland wird von Experten auf bis zu 43 Milliarden € beziffert. Allein für den Ausbau eines flächendeckenden, gebührenfreien Kita-Netzes veranschlagt Karl Lauterbach (SPD) 23,5 Milliarden € – was 12 Milliarden € mehr wären als heute. Derzeit werden rund 102 Milliarden € von Bund, Ländern und Gemeinden für öffentliche Bildung ausgegeben. Ohne eine andere Steuerpolitik ist der bildungspolitische Reformbedarf daher nicht zu finanzieren. Die Mobilisierung der Ressourcen für den Umbau des Bildungssystems ist die zentrale haushaltspolitische Aufgabe der Republik. Dies reicht weit über den Rahmen hinaus, der der Föderalismusreform gesetzt ist.

Deswegen schlagen die LINKEN vor, als »erste Schritte für eine bessere Finanzierung der Bildung (...) im Rahmen der Föderalismusreform II ... Programme der Bildungsfinanzierung als neue Gemeinschaftsaufgabe in das Grundgesetz (Art. 91b) zu übernehmen. Das sogenannte Kooperationsverbot in Art. 104b muss fallen. Außerdem sollte in Anlehnung an das österreichische Beispiel über bundesweite Ausstattungsstandards (Personal, Sachmittel) gesprochen werden. Werden diese Standards dauerhaft unterschritten, müssen die betroffenen Länder mit finanziellen Sanktionen rechnen.« In einem »nationalen Bildungspakt von Bund und Ländern« sollen sich diese verpflichten, die Bildungsausgaben dauerhaft an einem Anteil des BIP zu indexieren, der Deutschland an den Durchschnitt der Industriestaaten heranführt.

CHRISTOPH JÜNKE

Sechs Thesen zum langen Schatten des Stalinismus

I. Die sich verschärfende Transformation der Demokratie

Die bereits seit Jahrzehnten vor sich gehende Transformation der herrschenden Demokratie – ihre innere Aushöhlung von einer Demokratie im Sinne einer Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk hin zu den bloß abstrakt-formalen Spielregeln einer rein parlamentarischen Demokratie – hat unter den Bedingungen von Neoliberalismus und bewaffneter Globalisierung, also unter den Bedingungen des so genannten »Krieges gegen den Terror«, ein neues Niveau erreicht. Die demokratischen Errungenschaften und Gepflogenheiten werden von den Regierenden und den Herrschenden in Frage gestellt und abgebaut. Zentrale Grundwerte bürgerlicher Aufklärung sind stark erschüttert und ausgehöhlt.

Diese Krisenentwicklung von Freiheit und Demokratie befördert einerseits eine um sich greifende Demokratiemüdigkeit und politische Apathie, eine Form der »Abscheu vor der Demokratie«, die ausgesprochen vielfältige Formen annehmen kann.¹ Sie stellt andererseits aber auch zunehmend die Frage nach den Veränderungsperspektiven und den Alternativen zu diesem Prozess. Zwangsläufig stellt sich damit auch die Frage nach einer sozialistischen Alternative.

Auf den ersten Blick also steht es nicht schlecht für Sozialistinnen und Sozialisten. Die alte Lehre der klassischen Arbeiterbewegung wird vor unseren Augen aktualisiert: Das kapitalistische Bürgertum braucht und verteidigt die Demokratie als Form gesellschaftlicher Freiheit nur, solange sie ihrer eigenen Klassenherrschaft, der Herrschaft der freien Besitzrechte des Einzelnen, sowie dem alltäglichen Funktionieren des Kapitalismus nützlich ist. Ihr Demokratie- und Freiheitsverständnis ist entsprechend strukturell begrenzt – nur der ist ein vollwertiger Mensch, der auch ein Besitzbürger ist. Sobald es zur herrschenden Klasse geworden ist, schlägt sich das Bürgertum auf die Seite einer bloß negativ gefassten Freiheit, um an ihrem partikularen Besitzegoismus festhalten zu können. Ihr Klasseninteresse ist es, das auf soziale Freiheit pochende Nachdrängen der unteren Schichten zu bekämpfen.²

Auf den zweiten Blick jedoch haben wir es mit einem mächtigen Problem zu tun. Denn auch Freiheit und Sozialismus passen nicht zusammen – das sagen uns, mit Verweis auf die Erfahrungen mit dem historischen Stalinismus und der kommunistischen Weltbewegung, nicht nur die Neokonservativen und Neoliberalen seit Jahrzehnten, sondern neuerdings auch wieder führende Vertreter der deutschen Linken.

Christoph Jünke – Jg. 1964, lebt als Historiker und Publizist in Bochum, ist Vorsitzender der Leo-Kofler-Gesellschaft e.V. und Autor von *Sozialistisches Strandgut. Leo Kofler – Leben und Werk (1907-1995)*, Hamburg 2007. Der Beitrag nimmt Themen und Thesen auf, die er in seinem jüngsten Buch »Der lange Schatten des Stalinismus. Sozialismus und Demokratie gestern und heute«, Köln 2007, ausführlich behandelt hat. Zuletzt in *UTOPIE kreativ: Auf zum letzten Gefecht? Zur Kritik an Domenico Losurdos Neostalinismus*, Heft 118 (August 2000).

1 Jacques Ranciere: *Hatred of Democracy*, London 2006 (französisches Original 2005), hat sich mit dieser neuen Form einer Abscheu vor der Demokratie

auf ausgesprochen anregende Weise auseinandergesetzt und aufgezeigt, dass und wie sich unter den neuen Bedingungen des postmodernen Neoliberalismus klassisch konservative mit klassisch liberalen und linken Argumentationen zu einer spezifisch neuen Form der Demokratiekritik vermischt haben.

2 Vgl. dazu Leo Kofler: *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft* (1948), 8. Auflage Berlin 1992; ders.: *Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus*, Ulm/Donau 1960 (zweibändige Neuauflage unter dem Titel *Vergeistigung der Herrschaft*, Frankfurt/M. 1986 ff.).

3 Ich spreche bewusst von Formen, und nicht wie Kofler selbst von Stufen der Freiheit, da ich die bei ihm mit-schwingende Geschichts-teleologie hier vermeiden möchte. Vgl. dazu Leo Kofler: *Perspektiven des revolutionären Humanismus* (1968), Frankfurt/M. 2007. Erstmals formuliert hat er seine Lehre von den drei Stufen der Freiheit in dem 1951 in der linkssozialistischen Zeitschrift »pro und contra« erschienenen Beitrag »Über die Freiheit«, nachgedruckt in Leo Kofler: *Zur Kritik bürgerlicher Freiheit*. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers, Hamburg 2000, S. 30-39.

II. Leo Koflers drei Formen der Freiheit

Welche politisch-theoretischen Konsequenzen haben wir in Bezug auf die Demokratiediskussion aus der Erfahrung des 20. Jahrhunderts meines Erachtens zu ziehen? Ich konzentriere mich hier auf einen zentralen Aspekt und beziehe mich dabei exemplarisch auf Leo Kofler, der die entscheidende demokratietheoretische Lehre bereits vor einem halben Jahrhundert in sein Bildnis von den drei welthistorischen Formen der Freiheit goss.³

Für den klassischen Sozialismus war die in den bürgerlichen Revolutionen durchgesetzte politische Freiheit, d. h. die staatsbürgerliche und individualrechtliche Freiheit (also Koalitions-, Versammlungs-, Religions- und Meinungsfreiheit, allgemeines und gleiches Wahlrecht usw.) die erste weltgeschichtliche Form einer wirklichen menschlichen Freiheit. Das vor allem vom aufbegehrenden und kämpfenden Proletariat seit Mitte des 19. Jahrhunderts eingeklagte Weitertreiben der politischen zur sozialen Demokratie und Freiheit ist ihm die zweite welthistorische Form der Freiheit, die ökonomisch-soziale Freiheit. Doch beide Freiheitsformen, so Kofler, sind wesentlich negativ gefasst – als »Freiheit von«, als Freiheit von den feudalen Fesseln, von persönlicher Abhängigkeit und politischer Bevormundung auf der einen Seite, als Freiheit von materiellem Elend, von sozialer Unterdrückung und Entrechtung auf der anderen Seite. Die welthistorisch dritte Form der Freiheit, die eigentliche sozialistische Idee der Freiheit sei jedoch eine positive. Nicht die »Freiheit von« steht hier im Vordergrund, sondern die »Freiheit zu«, die Freiheit zu einer allseitigen Entfaltung der Persönlichkeit. Diese dritte Form, diese dritte Stufe einer welthistorischen Freiheit ist für Kofler jedoch nur zu erreichen, wenn man die beiden ersten welthistorischen Formen nicht gegeneinander ausspielt, sondern untrennbar auf höherer Ebene vereinigt.

Genau eine solche Synthese ist aber im 20. Jahrhundert nicht gelungen. Die bürgerliche Freiheit zerstörte die persönliche Abhängigkeit, um an deren Stelle eine sachlich-materielle Abhängigkeit zu setzen. Die realsozialistische Freiheit befreite die Arbeiterklasse von materieller Unsicherheit und Verelendung um den Preis, ihr die individuelle, formale Freiheitsstufe zu nehmen. Beschränkte sich die internationale Sozialdemokratie im Laufe des 20. Jahrhunderts darauf, die bürgerliche Stufe der Freiheit durchzusetzen und zu verteidigen, indem sie sich damit zufrieden gab, die Arbeiterklasse zum formal gleichberechtigten Bestandteil bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft zu machen, so beschränkte sich die kommunistische Bewegung auf die Durchsetzung einer bestimmten Form von sozialer Freiheit, die sie der bürgerlichen Freiheitsform schroff entgegenstellte.

Was also erstmals gedacht war als neue Synthese von politischer und sozialer Freiheit, zerfiel mit der Integration der Sozialdemokratie in die spätbürgerliche Demokratie auf der einen und der stalinistischen Bürokratisierung der kommunistischen Bewegung auf der anderen Seite in ihre beiden Bestandteile. Blieben die einen in der ersten welthistorischen Form der Freiheit stecken, verbarrikadierten sich die anderen in der zweiten. »Vergessen« wurde die dritte welthistorische Form, das eigentliche Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung. Beide Hauptströmungen der Bewegung haben so im

Laufe des 20. Jahrhunderts ihre emanzipative Zielvision aufgegeben. Die Emanzipations- und Fortschrittsidee hat sich in ihr Gegenteil verkehrt. Es gibt keine Alternative zur wie auch immer sozialen Marktwirtschaft mehr – heißt dies auf sozialdemokratisch. Im Falle des historischen Realsozialismus dagegen heißt dies, dass das, was er den Menschen ökonomisch gegeben hat, er ihnen politisch wieder genommen hat. Wo er ökonomisch über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft hinausging, ist er politisch hinter deren Errungenschaften zurückgefallen.

Mit seiner Theorie der drei welthistorischen Formen der Freiheit hat Leo Kofler nicht nur die Kritik bürgerlicher Freiheit mit der Kritik realsozialistischer Freiheit im 20. Jahrhundert verbunden. Er tut dies auch in Form einer Aktualisierung der frühbürgerlichen, radikal-humanistischen Zielvorstellung für die sozialistische Bewegung. Jeder neue Sozialismusversuch, so Kofler, wird demokratisch sein oder er wird gar nicht sein. Jeder neue Sozialismusversuch kann nur mehrheitsfähig und siegreich sein, wenn er die politische Freiheit mit der sozialen Freiheit praktisch-politisch vereinigt. Der Sozialismus erweist sich so als das Einfache, das schwer zu machen ist.

III. Luciano Canforas Demokratieverständnis

Mit diesem Koflerschen Interpretationsschema haben wir nicht nur eine der zentralen Lehren aus der Geschichte des Sozialismus im 20. Jahrhundert gezogen. Wir haben hiermit auch den Interpretationsschlüssel, um neuere Diskussionen kritisch zu sichten – beispielsweise die in den Jahren 2006 und 2007 das linke Feuilleton nachhaltig bewegende Diskussion um Luciano Canforas *Kurze Geschichte der Demokratie*.

Während Demokratie in der Geschichte beides ist – eine jahrhundertalte Form der politischen und sozialen Freiheitsbewegung ebenso wie eine spezifisch institutionelle Fassung der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft –, schreibt der italienische Linksprofessor Luciano Canfora seine Geschichte der Demokratie als Geschichte eines bloßen Mittels der Herrschenden, die nachdrängenden Klassen und Schichten zu verwirren. Ihm fehlt jeder wirkliche Begriff davon, was Demokratie ist, bzw. von links her sein soll, und schreibt die Geschichte nicht der Kämpfe um soziale, politische oder kulturelle Freiheit, sondern die Geschichte einer zunehmenden Abscheu vor der Demokratie. Für ihn sind Freiheit und Demokratie »letzten Endes leere Worthülsen«.⁴ Als Mittel der Emanzipation kommt die Demokratie, genauer: kommen demokratische Werte, Bedürfnisse und Formen, bei ihm nicht vor. Er betrachtet die Demokratie nicht als Verschwörung der Gleichen, sondern nur als Verschwörung der Herrschenden, als Demokratie von oben. In schlechter linker Tradition verabsolutiert Canfora die Idee einer sozialen Demokratie zur prinzipiellen Absage an demokratische Formen. Aus der dialektischen Einheit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit/Solidarität macht er antagonistische, das heißt sich ausschließende Gegensätze und fühlt sich entsprechend gezwungen, Freiheit und Solidarität zu streichen, um eine Gleichheit zu propagieren, in der natürlich bei näherer Betrachtung einige gleicher sind als gleich.

4 Luciano Canfora: Eine kurze Geschichte der Demokratie, Köln 2006, S. 331.

Die antike und bürgerliche Demokratie sind ihm nicht mehr als schöner Schein, weil sie als Herrschaftsmittel von oben kommen. Die sozialistische Demokratie dagegen kann und muss ihm sogar als Herrschaftsmittel von oben kommen. Die antike und bürgerliche Demokratie sind ihm keine, weil sie beide unentwerrbar mit der Sklaverei verwoben sind. Die sozialistische Demokratie ist ihm dagegen eine solche, auch wenn sie, wie im Falle des historischen Stalinismus, mit modernen Formen der Sklaverei (dem Gulag-System) daher kommt. Und weil er die Dialektik von Demokratie und Sozialismus, das heißt die besondere Rolle nicht versteht, die demokratische Werte, Bedürfnisse und demokratische politische Formen im Kampf um den Sozialismus spielen; weil er die Idee einer sozialen Demokratie auf undialektische Weise einseitig verabsolutiert und die erziehungsdiktatorische Herrschaft einer Minderheit aus geschichtsphilosophischen Gründen meint rechtfertigen zu müssen, macht er sich selbst zum eindeutigen Apologeten des Stalinismus. In seiner Geschichte des 20. Jahrhunderts reproduziert er das gesamte Programm stalinistischer Logik, deren Argumente, Vorurteile und Denunziationen. Er macht jede historische Wendung von Stalins politischem Zick-Zack-Kurs mit und liefert für alle diese Wendungen entsprechende, geschichtsphilosophisch aufgeladene Begründungen.⁵

Canforas Argumente sind alles andere als originell. Sie begleiten den Sozialismus des 20. Jahrhunderts, seit dieser zur Rechtfertigung der nachrevolutionären Verhältnisse in der Sowjetunion anhub. Nach dem Zusammenbruch des einstmaligen »real existierenden Sozialismus« – an dem alles real war, nur nicht der Sozialismus (Rudi Dutschke) – wurden diese Argumente einzig noch in kleinen, marginalisierten Zirkeln von (N)Ostalgiekern (beispielsweise in der Diskussion um die *Weißenseer Blätter* zu Beginn der 1990er Jahre) oder bei Restbeständen westdeutscher K-Gruppen (beispielsweise bei Teilen der DKP und der MLPD) vertreten. Heute jedoch ist die politisch-intellektuelle Marginalität solcher Thesen auf der Linken durchbrochen worden. Es sind nicht mehr nur die scheinbar Unbelehrbaren, die vermeintlich Ewiggestrigen – heute machen dieselben Thesen, die einen Kurt Gossweiler oder eine Sahra Wagenknecht einstmalig nachhaltig isoliert haben, Intellektuelle wie Hans Heinz Holz, Domenico Losurdo oder Luciano Canfora zu gefeierten Vordenkern, an denen sich das linke Gemüt und Feuilleton ergötzt. Und erstmals kann man dabei kaum noch zwischen Ost- und Westlinken differenzieren. Neu ist ebenfalls, dass sich hier westlinke mit ostlinken Traditionen deutlich zu vermischen beginnen.

Georg Fülberth, um nur Canforas eifrigsten Anwalt der deutschen Linken zu zitieren, sieht in Canforas Werk nicht nur »ein kompetentes politologisches Lehrbuch«, sondern gar »die historische Grundlegung einer Theorie der Demokratie und ihrer Verhinderung in allen bisherigen Ungleichheitsgesellschaften«. Selbst der in Fragen sozialistischer Demokratie deutlich glaubwürdigere Uwe-Jens Heuer lobte Canforas Werk in einem Beitrag zur Debatte explizit als »Fortschritt in der Demokratietheorie«. Und Oskar Lafontaine wertete es gar durch ein Nachwort zur vierten Auflage auf.⁶ So wird jemand theoretisch überhöht, der uns in unserem Kampf gegen die vor

5 Ausführlich auseinander-gesetzt habe ich mich mit Canforas Demokratiebuch und dem dazu gehörenden Feuilletonstreit in meinem Beitrag »Luciano Canforas Demokratieverständnis«, in: Der lange Schatten des Stalinismus. Sozialismus gestern und heute, Köln 2007, S. 151-180.

6 Lafontaines dort veröffentlichtes flammendes Plädoyer für mehr direkte Demokratie ist durchaus treffend und anregend – nur kann es sich dabei nicht auf Canforas Werk stützen, da dieses eine einzige (vulgär-marxistische) Polemik gegen die Selbstregierung der Bevölkerungen ist.

sich gehende Aushöhlung der Demokratie sagt, dass wir in diesem Kampf auf die Demokratie in keiner Form zählen können, weil sie einzig ein Herrschaftsmittel der Eliten sei.

IV. Was ist der Philo- oder Neostalinismus?

Unter anderem in der deutlich gestiegenen allgemeinen Wertschätzung für Canfora und die anderen genannten Autoren schlägt sich ein spürbar um sich greifender Philo- und Neostalinismus nieder. Was verstehe ich darunter?

Stalinismus war und ist zuallererst eine historische Erscheinung und bezeichnet die sowjetrussische Zeit unter Stalin. So betrachtet war der Stalinismus in meinen Augen ein spezifisches gesellschaftspolitisches Herrschaftssystem, das weder kapitalistisch noch sozialistisch war – jedenfalls nicht nach den Kriterien der sozialistischen Klassiker –, eine erstarrte Übergangsgesellschaft, die von einer aus der Arbeiterbewegung, der Arbeiterklasse kommenden bürokratischen Schicht organisiert und geleitet wurde.⁷

Aber das von Stalin mit Gewalt und Tücke begründete Gesellschaftssystem hat seinen Gründer nicht nur um Jahrzehnte überlebt, sondern ist auch in anderen historischen und geografischen Kontexten angewandt worden. Stalinismus ist vor diesem Hintergrund nicht nur eine historische Erscheinung, sondern auch eine politische Theorie und Praxis, eine spezifische Art des politischen Denkens und Handelns, die sich als solches auch von der Person Stalins und vom sowjetrussischen Beispiel vollkommen ablösen kann.⁸

Trotz dieser strukturellen Möglichkeit einer Ablösung stalinistischer Politikformen vom sowjetrussischen Fallbeispiel, erkennt man den Neostalinismus allzu häufig noch an seinem Bezug zur Geschichte. Ein heutiger Philo- oder Neostalinist – ich sage bewusst nicht: Stalinist – ist also in meinen Augen derjenige, der historisch oder politisch-theoretisch diesem Gesellschaftssystem und seiner Herrschaftsideologie anhängt, auch gedanklich nicht von ihm loskommt und beide, die Theorie wie die Praxis desselben auch heute noch meint beschönigen, verteidigen, rechtfertigen und reproduzieren zu müssen.

Und man erkennt ihn vor allem an zwei scheinbar selbstverständlichen Argumentationsmustern. Zum einen propagiert der Philo- und Neostalinismus immer wieder einen bestimmten geschichtsphilosophischen »Realismus«. Bei Canfora, seinem deutschen Adlatus Fülberth und vielen anderen ist dies der berühmte Stalinsche „Realismus“ – das vermeintliche Ende des weltrevolutionären Prozesses in den 1920er Jahren, hinter dem sich der stalinistische Mythos vom »Sozialismus in einem Lande« versteckt. Vor dem Hintergrund des vermeintlichen Endes weltrevolutionärer Prozesse Anfang der 1920er Jahre habe sich, so die Logik des Gedankens, ein Stellvertreter-Kampf zweier weltpolitischer Lager entfaltet, in dem vor allem die sozialen Ziele zählen, nicht die demokratischen Mittel. Hier wird nicht nur die reale Geschichte des 20. Jahrhunderts als eines Jahrhunderts permanenter Revolten und Revolutionen auf den Kopf gestellt. Hier wird mehr noch ein ideologisches Theorem – und um mehr handelt es sich dabei kaum – dafür benutzt, das Ziel sozialer Freiheit gegen die politische Freiheit auszuspielen.

7 Den Versuch einer kritischen Neuaneignung der Debatte, was der Stalinismus historisch eigentlich gewesen ist, habe ich im ersten Teil von »Der lange Schatten des Stalinismus«, mit einem exemplarischen Blick auf führende Denker der sozialistischen Linken wie Werner Hofmann, Isaac Deutscher, Georg Lukács, Leo Kofler u. a. vorgelegt.

8 Die hegemonialen Teile der zeitgenössischen Stalinismusforschung verstehen den Stalinismus als ein rein historisches Phänomen und lehnen eine Ausdehnung des Begriffs, über die Fokussierung auf den stalinistischen Terror der 1930er Jahre hinaus, explizit ab (vgl. bspw. Jörg Baberowski: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, Frankfurt/M. 2007). Auch wenn sich dies mit bestimmten Traditionen linker Geschichtsschreibung überschneidet, halte ich dies für historisch und politisch falsch.

Zum anderen haben wir es hier mit einem durch und durch bürgerlichen Politik- und vor allem Revolutionsverständnis zu tun. Die sozialistische Revolution wird von den Philo- und Neostalinisten (wie schon von ihren Vorgängern) am überlieferten Verständnis bürgerlicher Revolutionsprozesse gemessen. Sozialistische Revolutionen kommen diesen Denkern und Lenkern immer von oben, in Form einer Art von Erziehungsdiktatur, weil – ebenso wie im bürgerlichen Denken – die Bevölkerung einfach nicht reif genug sei für den wahren Sozialismus. Zentral für den Übergang zum Sozialismus sei deswegen vor allem das ökonomische Niveau der Produktivkraftentfaltung, auf dem dann gleichsam zwangsläufig und mechanisch sich das Reich der Freiheit aufbauen könne. Und wenn nur die ökonomisch-sozialen Ziele einer vermeintlich gut gewillten bürokratischen Herrschaftsschicht stimmen, so sind auch die dazu nötigen Verbrechen zu verteidigen, weil sich ja auch – so die immer wiederkehrende Argumentationsfigur – die bürgerlichen Revolutionen solcher Verbrechen bedient haben.

V. Und woraus speist er sich?

Doch warum eigentlich, materialistisch gefragt, will diese Vergangenheit nicht vergehen? Warum wirft der historische Stalinismus auch weiterhin einen deutlichen Schatten auf die deutsche Linke?

Ein Teil der Antwort findet sich sicherlich in der üblichen Standardantwort, dass es sich bei dem Philostalinismus um eine Altlast der Vergangenheit, um »Ewiggestrige« handle. In der Tat wirkt der historische Stalinismus nach, praktisch wie theoretisch. Man kann wesentliche Teile des gesellschaftspolitischen und sozialphilosophischen Denkens auch unserer Zeit nicht verstehen, wenn man nicht versteht, dass es in vielem, zu Recht oder zu Unrecht, eine intellektuelle Reaktion auf die Geschichte und Ideologie des stalinistisch deformierten Kommunismus ist. Auch in dem nun auf dem Wege zum Kapitalismus befindlichen Osteuropa ist der Stalinismus mehr als nur gedanklich noch präsent. Ohne ein Verständnis einstmals »sozialistischer« Bürokratie ist auch der mafiotische Übergangskapitalismus des Ostens kaum verständlich. Und das größer gewordene Deutschland ist zu einem gehörigen Maß Teil des osteuropäischen Erbes geworden – politisch, ökonomisch wie kulturell.

Gerade die noch immer vorherrschende »Ostalgie« verweist aber auch darauf, dass sich der lange Schatten des Stalinismus, entgegen der landläufigen Meinung, nicht nur aus der längst vergangenen Geschichte speist, sondern mehr noch aus der gesellschaftspolitischen Gegenwart. Mehr als mit einer gewünschten Rückkehr zur SED-Diktatur hat diese (N)Ostalgie nämlich etwas zu tun mit »dem Wunsch, in eine Periode sozialer Sicherheit und öffentlicher Wohlfahrt zurückzukehren«, wie es der britische Politikwissenschaftler Peter Thompson in seinem ausgesprochen anregenden (aber leider nur auf Englisch vorliegenden) Buch über die tief greifende Krise der deutschen Linken vor einigen Jahren noch mal betont hat.⁹ Die Übergänge zu sozialem Autoritarismus und weiterwirkenden stalinistischen Gedankenstrukturen sind, wie auch Thompson aufzeigt, vor allem dort fließend, wo es zu keiner wirklichen Entstalinisierung des Denkens gekommen ist – und dies trifft die deutsche Linke eben

9 Peter Thompson: *The Crisis of the German Left: The Collapse of Communism, the Global Economy and the Second Great Transformation*, Oxford 2005, S. 96.

mehr als andere europäische Linke – und wo sich diese mangelnde Entstalinisierung mit den neuen Realitäten einer neoliberal um sich greifenden sozialökonomischen und sozialpolitischen Barbarei mischt. Gerade in diesen Prozessen findet der Rückgriff auf stalinistische Diskurse seinen zeitgenössischen Nährboden.

Dieser Philo- und Neostalinismus verkörpert zwar noch keine identifizierbare politisch-organisatorische Strömung, ist vor allem eine politisch-intellektuelle Strömung.¹⁰ Doch gerade weil er als politische Reaktion auf den zeitgenössischen Zustand unseres nun gesamtdeutschen Gesellschaftssystems auch die politische Theorie einer latent angelegten politischen Praxis ist, ist es Zeit für eine Stalinismuskonversation, die – wie auch Peter Thompson schlüssig aufgezeigt hat – über eine reine Geschichtsdiskussion weit hinausweist. Sie sollte auch nicht weiter verdrängt werden, nur weil sie auch der politische Gegner so gerne führt – dieses Argument war schon immer das Einfallstor all jener, die ausreichend Grund haben zu schweigen.¹¹

Damit schließt sich auch der Kreis zum Anfang meines Beitrages. Der zeitgenössische Unmut über die sich forcierende Transformation der herrschenden Demokratie beginnt sich seit einigen Jahren wieder zu politisieren. Es stellt sich die Frage nach den Veränderungsperspektiven und Alternativen. Die philo- und neostalinistischen Tendenzen sind vor diesem Hintergrund die politische Reaktion auf den zeitgenössischen Zustand unseres nun gesamtdeutschen Gesellschaftssystems, Ausdruck einer oppositionellen Haltung ebenso wie Ausdruck einer allenfalls halbierten Emanzipation, einer strukturell beschränkten »Kraft der Negation«, eines unaufgeklärten und politisch kontraproduktiven Reflexes und somit einer politischen Regression.

Vor diesem Hintergrund haben wir es mit einem Schatten zu tun, der nicht nur von der Vergangenheit her, sondern auch aus der Zukunft zu uns herüberweht. Denn solange über gesellschaftliche Transformationsprozesse über die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform hinaus nachgedacht, diskutiert und politisiert wird, solange wird es die Versuchung eines gesellschaftspolitischen Substitutionismus geben, das heißt eines autoritären und erziehungsdiktatorischen Kurzschlusses, der sich auch und gerade im historischen Stalinismus so klassisch wie verhängnisvoll niedergeschlagen hat, sich davon aber auch, wie gesagt, weitgehend zu lösen vermag.

VI. *Kein Sozialismus ohne (radikale) Demokratie*

Die von mir so genannten Philo- oder Neostalinisten fallen mit ihrer ideologischen Offensive in gerade jene autoritäre, erziehungsdiktatorische Politikform zurück, die der Linken schon allein deshalb keinen Ausweg aus ihrer historischen Krise vermitteln kann, weil es nicht zuletzt diese autoritäre, erziehungsdiktatorische Politik war, die sie in diese Lage gebracht hat.

Zum einen wird damit der Sozialismus zur Fortführung bürgerlicher Politikmethoden und es bleibt schleierhaft, warum sich Menschen vor diesem Hintergrund überhaupt für den Sozialismus engagieren sollen. Zum anderen kann und will ein solches Sozialismusverständnis nicht realisieren, dass der Sozialismus nur als ein ra-

10 Für die noch immer gilt, was der britische Historiker Edward P. Thompson Ende der 1970er formulierte: »Historiker sollten wissen, dass Spinnereien, wenn man sie toleriert – und sogar hofiert und hegt – erstaunliche Wirksamkeit und Langlebigkeit entwickeln können. (Schließlich ist für jeden rationalen Geist der größte Teil der Ideengeschichte eine Geschichte von Spinnereien.)« Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt/M., New York 1980, S. 41).

11 Dass sich mein Buch über den langen Schatten des Stalinismus im ersten dreiviertel Jahr zwar ordentlich verkauft, aber kaum nennenswerte Besprechungen provoziert hat, ist meines Erachtens Teil dieser so typischen Verdrängung. Die meisten publizistischen Organe der Linken konnten sich zu einer Besprechung bisher schlicht nicht durchringen. Die Chefredaktion der Jungen Welt nahm gar eine wohlwollende Rezension (Joerg Boewe: »Trost für die Trostlosen«, www.iablis.de/iab2/content/view/346/86) wieder aus dem Blatt, obwohl sie bereits gesetzt war, und veröffentlichte stattdessen einen kurzen Totalverriss von Robert Steigerwald, der meine von ihm nicht weiter dargestellten Thesen für außerhalb jeder Diskussion erklärte. Kaum anders steht es mit Jürgen Meiers Beitrag in UTOPIE kreativ 212, Juni 2008, der ebenfalls kein gutes Haar an meinem Buch lässt und weit ausholend über das prekäre Verhältnis von Arbeiterklasse und Bauernschaft in der nachrevolutionären Sowjetunion referiert. Obwohl es jedoch in meinem Buch auch um die Geschichte geht, ist es eben

kein Geschichtsbuch. Man muss solcherart Besprechungen unter anderem deswegen »glatt am Thema vorbei« nennen, allenfalls kurios, wenn solch »Missverständnisse« nicht ihre eigene Logik hätten. Die Geschichte lastet eben noch immer wie ein Alb auf der Seele der deutschen Linken. Das ist auch, aber nicht nur und nicht einmal vor allem – ich wiederhole mich gern –, ein Problem der Geschichte.

12 Von hier aus wäre auch die Rolle politischer Organisationen der Linken stärker zu diskutieren.

13 »In Wirklichkeit wird die sozialistische Revolution im Westen erst dann triumphieren können, wenn sie die proletarische Demokratie – weit davon entfernt, diese einzuengen – so weit wie möglich ausweitet. Denn nur diese Erfahrung, ob in Parteien oder Räten gesammelt, kann die Arbeiterklasse in den Stand setzen, die realen Schranken der bürgerlichen Demokratie zu erkennen, kann sie historisch befähigen, diese zu überwinden.« Perry Anderson: Antonio Gramsci. Eine kritische Würdigung, West-Berlin 1979, S.99 (Hervorhebungen: P. A.).

14 Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 4, S. 363.

dikaldemokratischer hegemonie- und mehrheitsfähig werden kann, dass er nur siegen kann als umfassendste soziale wie politische Selbsttätigkeit der Bevölkerungsmehrheit. Und dies kann nur geschehen, wenn sich nicht nur dieser Geist einer universellen demokratischen Selbsttätigkeit in den Köpfen der Menschen durchsetzt, sondern wenn sich dies auch in demokratischen Organisationsformen, in institutionellen Organen einer sozialistischen Demokratie niederschlägt, die in der Lage sind, radikal-demokratische Bedürfnisse zu befriedigen und zu verstetigen.¹² Erst wenn die Menschen in ihrer alltäglichen Praxis erkennen können, dass Sozialismus mehr Demokratie bedeutet als im Kapitalismus, erst dann ist der Durchbruch eines neuen Sozialismus gesichert.¹³

Das ist der einfache Sozialismus, der so schwer zu machen ist. Und das ist mit den berühmten Worten Rosa Luxemburgs gemeint – niedergeschrieben aus Anlass der sowjetrussischen Revolution –, dass die sozialistische Demokratie »nicht erst im gelobten Lande (beginnt), wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei.«¹⁴ Als dies vor nun 90 Jahren geschrieben wurde, war es kaum mehr als eine Form der Prophetie – allerdings eine, die sich aus der Erkenntnis proletarischer Lern- und Emanzipationsprozesse ergab. Heute kann man diese Worte als geschichtlich verifiziert betrachten. Und eine linke Diskussion, die diese Lehre nicht zieht und zurückfällt in die alten Schablonen stalinistischen Denkens, ist durch und durch regressiv.

Auch dieser Schoß ist also fruchtbar noch. Doch glaubwürdig neu beginnen kann die deutsche Linke nur, wenn sie die schwierige, aber notwendige Dialektik von Demokratie und Sozialismus erneuert und sich den Schlüssel zur politisch-intellektuellen Erneuerung nicht aus der Hand nehmen lässt. Die auch in den philo- und neostalinistischen Strömungen zutage tretende »Abscheu« vor der Demokratie ist hierbei nicht nur eine falsche, sondern mehr noch eine politisch gefährliche Sackgasse in den Neuformierungsdiskussionen der Linken. Denn die Halbheiten der bürgerlichen politischen Emanzipation überwindet man nicht mit den Halbheiten realsozialistischer Emanzipation.